

Wolfgang Scheler

Für eine Welt ohne Krieg

Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg
und von den Streitkräften zum neuen Denken
über Frieden, Krieg und Streitkräfte (Mai 1996)

Zur Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht
(März 1999)

Stehen wir am Ende einer "Zwischenkriegszeit"?
(Mai 2000)

DSS-Arbeitspapiere

Heft 55 – 2000

Herausgeber: **D**resdener **S**tiudengemeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V. (**DSS**)

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Rolf Lehmann Schneebergstr. 2 01277 Dresden

Inhalt:

Seite

Wolfgang Scheler zum 65.

Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte (Mai 1996)	3
mit: Zu ideologisch-theoretischen Fragen des Problem- kreises Frieden, Krieg und Streitkräfte (Januar 1988)	29
Zur Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht 1998 in Dresden (März 1999)	37
Stehen wir am Ende einer "Zwischenkriegszeit"? (Mai 2000)	45
Publikationen von Wolfgang Scheler (Auswahl)	57

Redaktion, Druckvorbereitung und Vertrieb; V.i.S.d.P.:

Dr. Joachim Klopfer
Am Jägerpark 52
D-01099 D r e s d e n

Telefon: +49/0-351-8030122 Fax: +49/0-351-8036401

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren!

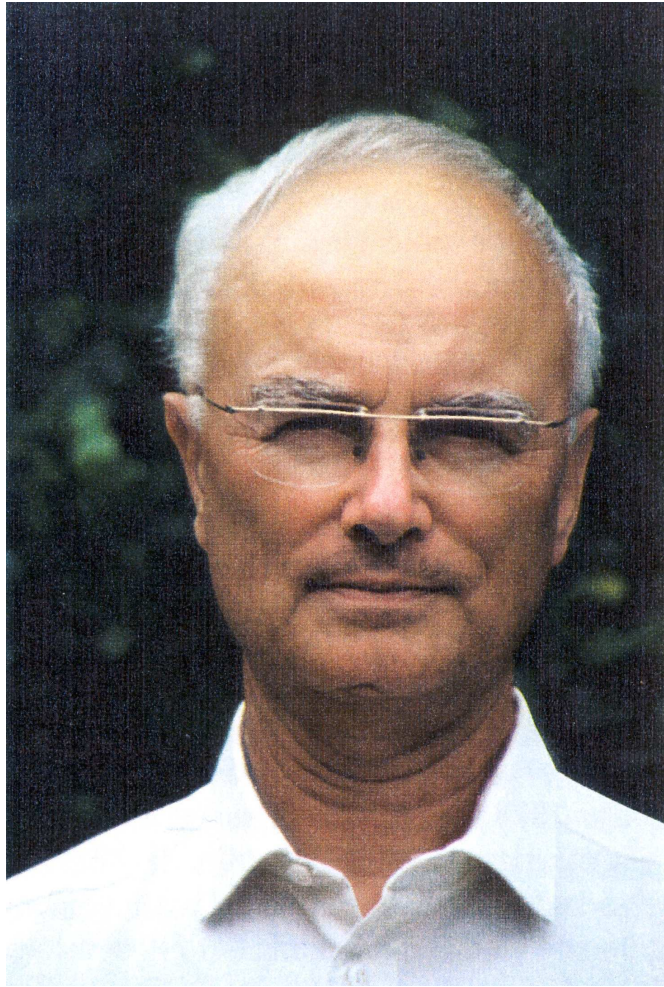
Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluß: 15. Juni 2000

Kostenbeitrag: 4,00 DM

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010



Prof. Dr. Wolfgang Scheler

wurde am 27. Juni 2000

65.

Wir gratulieren unserem Autor, Kollegen und Freund,
bekunden unseren hohen Respekt vor seiner bisherigen wissenschaftlichen
Lebensleistung und danken ihm für sein langjähriges engagiertes Wirken
für eine Welt ohne Krieg.

Wir wünschen ihm Gesundheit und **Alles Gute** für viele weitere Jahre und
hoffen auf seine anhaltende wissenschaftliche und gesellschaftliche Aktivität.

Herausgeber und Redaktion, Mitglieder und Freunde der DSS

Wolfgang Scheler

wurde am 27. Juni 2000 in Gera geboren. Nach dem Abitur trat er 1953 in die Kasernierte Volkspolizei der DDR ein und wurde Offiziersschüler an der Kfz.-Schule. In den Jahren 1956 bis 1960 war er zunächst als Kfz.-Zugführer im ersten Regiment der NVA und an der Artillerie-Schule, danach als Stellvertreter des Kompaniechefs für politische Arbeit in einer Kfz.-Kompanie der Volksmarine tätig.

1960-1963 absolvierte er ein dreijähriges Studium der Gesellschafts- und Militärwissenschaften an der Militäarakademie "Friedrich Engels" Dresden mit dem Diplom eines Gesellschaftswissenschaftlers. Dem schloß sich eine Fahrzeit als Oberoffizier für Propaganda in der Landungsabteilung der Volksmarine an.

1965 begann Wolfgang Schelers Laufbahn als Hochschullehrer und Wissenschaftler an der Militäarakademie. Seinem ersten Lehrauftrag als Fachlehrer für *Dialektischen Materialismus und philosophische Probleme des Krieges und der Streitkräfte* folgte eine vierjährige planmäßige Aspirantur am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED mit Promotion zum Dr. phil. (1973).

Nach einer Tätigkeit als Hauptfachlehrer für *Historischen Materialismus* wurde Wolfgang Scheler 1974 Leiter des Lehrstuhles *Marxistisch-leninistische Philosophie* an der Militäarakademie. Seine Promotion B (1977) zum Dr. sc. phil. mit einer Gemeinschaftsarbeit über philosophische Probleme des Krieges und des Friedens begründete eine Denkrichtung der Friedensforschung, die in der NVA und im geistigen Leben der DDR Einfluß erlangte.

1978 wurde er zum Ordentlichen Professor für Philosophie berufen.

Wolfgang Scheler war einer der Vordenker zum Problemkreis *Frieden-Krieg-Streitkräfte*. Er gehörte zu den ersten Wissenschaftlern in der NVA, die erkannten und thematisierten, daß im Atom-Zeitalter Krieg zum Untergang der Menschheit führen kann und daher als Mittel der Politik untauglich geworden ist.

Seit Beginn der achtziger Jahre trug er maßgeblich zur Überwindung des alten militärischen und Sicherheitsdenkens bei;

1989/90 war er einer der Initiatoren der demokratischen Militärreform.

Auch nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst im September 1990 (letzter Dienstgrad: Kapitän zur See) blieb Wolfgang Scheler gesellschaftlich, wissenschaftlich und publizistisch aktiv. Er setzt seine aufklärerische und Forschungsarbeit in verschiedenen Bildungs- und Wissenschaftsvereinigungen fort und versammelt um sich kompetente und streitbare Geister.

Als Mitbegründer, langjähriger Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden und eines der aktivsten Mitglieder hat er durch eine Vielzahl von Publikationen und öffentlichen Auftritten hohen Anteil am sicherheits- und friedenspolitischen Wirken der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.

Wolfgang Scheler

Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte

Über die Umwälzung der weltanschaulichen Grundlagen der
Militärwissenschaft und der Wehrmotivation an der Militärakademie
„Friedrich Engels“ in Dresden

Im Rückblick auf die noch nicht so weit zurückliegende Zeit, in der sich Nationale Volksarmee und Bundeswehr als militärische Gegner gegenüberstanden, verdienen die weltanschaulichen Grundpositionen des Militärs besondere Beachtung. Beiderseits der Fronten des Kalten Krieges war das Selbstverständnis der Soldaten, waren die Motivation des Wehrdienstes und das soldatische Berufsethos weltanschaulich begründet. Hierzu gehörte nicht nur die weltanschauliche Einbindung in die jeweilige Gesellschaft und Wertegemeinschaft, sondern auch die weltanschauliche Haltung zu den spezifisch militärischen Zwecken.

Das Unmittelbare, Nächstliegende, zu dem sich Soldaten in Beziehung setzen müssen, ist natürlich das, was sie tun, sind ihr Waffenhandwerk, der bewaffnete Kampf, der Verteidigungsfall, der Krieg, die Militärorganisation und die besonderen Erfordernisse, die alles das an Menschen im Militärdienst, an ihre Persönlichkeit und Verhaltensweisen stellt. Der Soldat kommt also nicht aus ohne weltanschauliche Haltung zum Krieg, zu militärischer Gewalt, zur Rolle von Streitkräften in der Staatsräson und bei der Wahrung von grundlegenden Lebensinteressen der Gemeinschaft, der er angehört.

Im folgenden soll diese im engeren Sinne soldatische weltanschauliche Orientierung zur Rede stehen, wie sie für die Nationale Volksarmee maßgebend war, vor allem für ihre Offiziere.

Worin bestanden die weltanschaulichen Ansichten der Offiziere über Krieg und Frieden, über Streitkräfte und Verteidigung? Wie wurden sie speziell an der Militärakademie bei Offizieren in mittleren und höheren Führungsfunktionen geformt? Welche Umwälzungen in den Ansichten vollzogen sich an dieser Einrichtung, und wie sind davon die Haltungen vieler Offiziere beeinflußt worden?

I. Schuldbewußte Lernhaltung und Spagat zwischen Antimilitarismus und Verteidigungsapologetik

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Anfang der sechziger Jahre befanden sich die von ihrem Staat zur Fahne Gerufenen in einer geistigen Verfassung, die von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, von der tiefen Schuld der deutschen Wehrmacht, der Entheroisierung und Abwertung des Soldatentums sowie von dem Willen zur Wiedergutmachung und zu einem grundsätzlichen Neuanfang geprägt war.

Zunächst galt in der DDR jede Theorie über den Krieg als suspekt. Der Krieg war nicht als allgemeine Kategorie, sondern bloß in seiner konkreten Erscheinungsform als der gerade zu Ende gegangene Krieg das Objekt geistiger Auseinandersetzung. Das Trauma der Kriegskatastrophe und die deutsche Kriegsschuld waren das Thema. Vor allem wurden die Ursachen analysiert, die Deutschland auf den verhängnisvollen Weg des Militarismus und des Krieges geführt hatten.

Die grundlegende Schlußfolgerung lautete: Nie wieder Krieg und deshalb Schaffung von gesellschaftlichen Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Und das hieß damals, jene Gesellschaftsschichten, die Deutschland in die nationale Katastrophe und tiefste Schande geführt hatten, zu entmachten. Ein Elitewechsel war notwendig und gerechtfertigt.

Bestimmen sollten nun die unteren Gesellschaftsklassen, die keinerlei Interesse am Krieg haben, sondern immer nur seine Opfer sind. Allein das garantiere – das war die allgemeine Vorstellung – den Frieden für die Deutschen und ihre Nachbarn.

Der geistige Boden für diese Grundanschauungen war seinerzeit nicht allein marxistisches Gedankengut, sondern auch bürgerlich-humanistisches, liberal-antimilitaristisches und pazifistisches. Selbst als die DDR parallel zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zum Aufbau bewaffneter Kräfte überging, löste sich dieser weite antimilitaristische Grundkonsens noch nicht auf, weil auch dieser Übergang unter der Hauptidee der Verteidigung des Friedens und seiner gesellschaftlichen Grundlagen erfolgte.

Auch nach diesem Übergang Anfang der fünfziger Jahre galt es noch als ein Tabu, den Krieg an sich zum Gegenstand theoretischen Denkens zu machen. Angesagt war der vollständige Bruch mit kriegsbezogenem Denken, und jede Beschäftigung mit Kriegstheorie erschien als im Widerspruch dazu

stehend. Man wollte keine Kriegstheorie mehr. Diese kam höchstens als Gegenstand der Polemik vor und wurde absolut verworfen. Und von diesem Tabu war auch das marxistisch-leninistische Denken betroffen.

Aber dann erzeugte die sich verschärfende Kriegsgefahr, die sich dem Bewußtsein aufdrängende militärische Konfrontation und der Ausbau eigener Streitkräfte doch das Bedürfnis, zwei nun wesentlich gewordene Tätigkeitsfelder tiefer theoretisch zu fundieren – den Friedenskampf und die Tätigkeit im Bereich der Landesverteidigung.

Die Auffassungen unserer Soldaten über Krieg und Streitkräfte wurden in der Folgezeit von diesen beiden unterschiedlichen Politikfeldern, von ihren widersprüchlichen Bedürfnissen und deren geistiger Reflexion beeinflußt. Dem entsprachen auch zwei unterschiedliche Quellen für die weltanschauliche Formung dieser Ansichten.

Der Marxismus war inzwischen zur Staatsideologie erhoben worden und damit verbindlich für die NVA. Beide Quellen lagen also im Marxismus-Leninismus, sie fielen hauptsächlich in den Gegenstandsbereich des historischen Materialismus, deckten sich aber nicht.

Die eine Quelle bildete die relativ selbständige Aneignung des Gegenstandes Krieg und Frieden durch marxistische Philosophen in der DDR, hierunter ein zum Marxismus konvertierter Theologe, Matthäus Klein. Erste systematische Darstellungen erschienen ab 1957.⁽¹⁾ Sie wurden ergänzt durch Abhandlungen in Übersetzungen sowjetischer Lehrbücher über den Marxismus-Leninismus Anfang der sechziger Jahre.⁽²⁾

Die zweite Quelle waren Übersetzungen sowjetischer Publikationen aus dem Bereich der Sowjetarmee ⁽³⁾ und deren Adaptionen in Publikationen von NVA-Offizieren. Ich nenne als Beispiel das Buch „Krieg, Armee, Militärwissenschaft“, 1963 in Deutsch erschienen, verfaßt von Offizieren des Lehrstuhls für dialektischen und historischen Materialismus an der Militärpolitischen Akademie „W.I. Lenin“ in Moskau. Zuvor hatte bereits Heinz Hoffmann, DDR-Verteidigungsminister, eine Schrift unter dem Titel „Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften“ publiziert, mit der er die in der Sowjetarmee gültigen Auffassungen als die für uns maßgeblichen offerierte.⁽⁴⁾

Diese Quellen unterschieden sich deutlich in den Ansatzpunkten, in der Weite des Gegenstandes, in den Absichten und in der Aussage voneinander, und das lag vor allem in ihrer Herkunft und Zielsetzung begründet. Die eine war ziviler, die andere militärischer Herkunft. Die erste behandelte die marxistisch-leninistischen Auffassungen über Krieg und Frieden, die zweite die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften. In der einen kam die Verteidigungsproblematik, in der anderen der Frieden nur am Rande vor.

Aber beide übten ihren Einfluß auf die weltanschauliche Haltung im Offizierskorps aus, erzeugten ein Spannungsverhältnis, nährten Differenzierungsprozesse und schufen in den achtziger Jahren schließlich Fronten geistiger Auseinandersetzung über den militärischen Auftrag, die – aber eben erst in der Phase des Zusammenbruchs der DDR – in den Versuch einer Militärreform mündeten.

Worin bestanden nun die wesentlichen weltanschaulichen Aussagen der marxistisch-leninistischen Auffassungen über Krieg, Frieden und Streitkräfte, als diese für die NVA relevant wurden?

Weltanschauliche Fragen sind vor allem die Fragen nach dem Wesen des Krieges und des Friedens, Fragen nach ihrer Herkunft, historischen Bedingtheit oder Ewigkeit, nach ihrer Bedeutung für die menschliche Gesellschaft und ihrer Rolle im Geschichtsprozeß.

Für Marx und Engels war das kein selbständiger theoretischer Gegenstand, dem sie wissenschaftliche Untersuchungen gewidmet hätten. Der kanonisierte Marxismus-Leninismus aber, eine Schöpfung der Stalinzeit, den wir aufnahmen und von dem wir uns auch nach Stalin geistig nicht befreit hatten, machte daraus eine marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und den Streitkräften. Eine solche findet sich weder bei Marx noch bei Engels. Was sich bei ihnen findet ist eine Gesellschaftstheorie, in der die materielle Produktion und die Verhältnisse, die sie hervorbringt, als bestimmend für die Entwicklung der Gesellschaft und für ihr Verstehen gelten.

Marx und Engels wandten sich gegen die zu ihrer Zeit herrschende Geschichtsauffassung, die „Gewalt, den Krieg, Plünderung, Raubmord pp. zur treibenden Kraft der Geschichte“ gemacht hat, und setzten dagegen, daß „Staatszwang, Bajonette, Polizei, Kanonen ... weit entfernt, die Grundlage der Gesellschaft zu sein, nur eine Konsequenz ihrer eignen Gliederung“ sind.⁽⁵⁾

Sie suchten die Bestimmungsgründe für die Entwicklung der Gesellschaft in den ökonomischen Verhältnissen und Interessen großer Menschengruppen, für die sie den Terminus bürgerlicher Soziologen übernehmen, nämlich *Klassen*. Und sie erwarteten nach der klassischen bürgerlichen Revolution, die den Menschen aus der Ungleichheit der Ständeordnung erlöst und zum freien Staatsbürger gemacht hatte, nun eine weitere Revolution, die den Menschen aus der Unterwerfung unter die Teilung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose befreit. Die gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über die wichtigsten Produktionsmittel sahen sie dafür als Voraussetzung an, und in der Arbeiterklasse glaubten sie das Subjekt entdeckt zu haben, das aus eigenem Klasseninteresse diese Revolution der Eigentumsordnung vollbringt.

Nur im Zusammenhang mit ihrem Anliegen der menschlichen Emanzipation, nicht weil sie Wesen und Ursachen von Krieg und Frieden aufklären wollten, tangierten die Begründer des historischen Materialismus notwendigerweise an dieser oder jener konkreten Frage auch den Krieg, den Frieden oder die Streitkräfte. Für sie gehörten Krieg und die Instrumente des Krieges, die Streitkräfte, und auch der bisher unsichere, nur zeitweilige Frieden nur der alten, revolutionär zu überwindenden Gesellschaft an. Sie hatten kein spezifisches Kampfprogramm gegen den Krieg und für den Frieden, denn mit der menschlichen Emanzipation würden sich diese Ziele ja von selbst erledigen.

Als wir uns Anfang der sechziger Jahre in der NVA damit zu beschäftigen begannen, nahmen wir nicht diese Gedankengänge auf. Über uns kam vielmehr ein fertig ausgebildetes theoretisches System von Anschauungen über den Krieg, eine Lehre vom Krieg und von den Streitkräften, angeblich ausgearbeitet von Marx, Engels und Lenin, die wie die großen Religionsstifter mit dem Nimbus der Unfehlbarkeit ausgestattet waren. Sie wurde uns vorgesetzt als ein feststehender, unantastbarer Teil des Marxismus-Leninismus.

Die Hauptaussagen dieser sogenannten marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen:

1. Über den Krieg

Der Krieg ist ein Produkt und eine ständige Begleiterscheinung der Klassengesellschaft, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. Er ist nicht von Ewigkeit, sondern entsteht geschichtlich erst mit der Entstehung des Privateigentums und verschwindet erst aus der Gesellschaft,

wenn sie die Privateigentumsordnung hinter sich gelassen hat. Damit wurde eine lineare Kausalität *Privateigentum* – *Krieg* als axiomatische Grundannahme gesetzt, die zur These über den gesetzmäßigen Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg und über das aggressive Wesen des Imperialismus führte. Diese These stützte sich auf eindeutige Aussagen Lenins, wie zum Beispiel, daß „das Privateigentum stets zum Krieg geführt hat und stets zum Kriege führen wird“. ⁽⁶⁾

Damit waren die weltanschauliche Ausgangsposition für das Wehrmotiv und ein tragender Eckpfeiler für das Feindbild gesetzt, die Erwartung von Aggressionsabsichten seitens der NATO und der Bundeswehr. Wenn die kapitalistische Ordnung notwendig den Krieg erzeugt, konnte er nur durch Überlegenheit im Kräfteverhältnis, darunter im militärischen, verhindert werden.

Lenin hatte die Clausewitz'sche Formel in die marxistische Kriegsauffassung eingeführt. Wie Clausewitz sah er das Wesen des Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Aber hinausgehend über Clausewitz analysierte er den Klassencharakter der Politik und machte so das Klassenwesen des Krieges zur Hauptbestimmung. Danach war es erforderlich, in jedem Einzelfall zu untersuchen, welche Klasseninteressen in dem betreffenden Krieg ausgefochten werden, welche Klasse den Krieg vorbereitet und herbeigeführt hat. Hieraus leitete sich die Stellungnahme zu jedem einzelnen Krieg vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse ab, deren historische Legitimation darin gesehen worden ist, daß diese Interessen identisch mit dem allgemeinen Menschheitsfortschritt sind.

So nahm folgerichtig einen zentralen Platz in dieser Lehre das Theorem von gerechten und ungerechten Kriegen ein. Es wurde erst von Lenin implementiert. Er schrieb: „‘Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik’ der einen oder der anderen Klasse; und in jeder Klassengesellschaft, in der auf Sklaverei beruhenden, in der fronherrschaftlichen und in der kapitalistischen, hat es Kriege gegeben, die die Politik der unterdrückenden Klassen fortsetzten, aber es hat auch Kriege gegeben, die die Politik der unterdrückten Klassen fortsetzten.“ ⁽⁷⁾ Und er zog daraus den Schluß, „daß es Kriege und Kriege gibt, daß es gerechte und ungerechte, fortschrittliche und reaktionäre Kriege gibt, Kriege fortschrittlicher Klassen und Kriege rückständiger Klassen, Kriege, die der Festigung des Klassenjochs und Kriege, die seiner Beseitigung dienen“. ⁽⁸⁾

Nun ist eine solche Differenzierung der Kriege in gerechte und ungerechte zu Lenins Zeiten nicht unberechtigt gewesen. Aber der Anspruch, selber stets die fortschrittliche Klasse und damit die Gerechtigkeit zu repräsentieren, konnte mißbraucht werden als Rechtfertigungstheorie für den Krieg, den man selbst führte, ohne sich wirklich in Übereinstimmung mit dem Fortschritt, der Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit zu befinden. In der Praxis sowjetischer Politik bestätigte sich in einigen Fällen der Mißbrauch dieses Theorems für bloße machtpolitische Interessen, so in Kriegen gegen Polen, Georgien, Finnland oder Afghanistan. Aber das erkannten wir erst viel später, weil diese Kriege nicht nur mit dem Theorem des gerechten Krieges sondern mittels Geschichtsfälschung und Vorspiegelung falscher Tatsachen gerechtfertigt wurden.

Für den Fall eines Krieges zwischen NATO und WVO ist die Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen allein zur Begründung für die Gerechtigkeit der Verteidigung herangezogen worden. Als gerecht wurde der Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes gegen eine imperialistische Aggression bewertet. Einen Gedanken an einen Aggressionskrieg der sozialistischen gegen die kapitalistischen Staaten hat es nicht gegeben. Das schied nicht nur aus prinzipiellen weltanschaulichen Gründen, sondern auch in rationaler Wahrnehmung der eignen Interessen absolut aus. Angewendet wurde die Auffassung über gerechte und ungerechte Kriege in der Zeit des Kalten Krieges weiterhin auf Kolonialkriege und nationale Befreiungskriege.

Die wichtigste weltanschauliche Aussage war seinerzeit aber die, daß der Ausgang eines vom Imperialismus möglicherweise entfesselten dritten Weltkrieges von den Volksmassen entschieden wird. Die sozialistische Welt verfüge über alle Potenzen für den Sieg über den Aggressor, und die Völker würden den Kapitalismus für dieses Verbrechen eines mörderischen Krieges endgültig begraben. Dieser historische Optimismus, der über jede Gefahr und Weltuntergangsvision erhaben blieb, hatte seine tiefere weltanschauliche Quelle in der deterministischen Geschichtsauffassung, nach der die Gesellschaft gesetzmäßig zu einer höheren Gesellschaftsformation aufsteigt, also die Gewißheit vom Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab.

2. Über die Streitkräfte

Die Streitkräfte, die Instrumente des Krieges, wurden in ihrer historischen Entstehung und Vergänglichkeit ebenso wie der Krieg an das Aufkommen

des Privateigentums, die Klassenspaltung und den Staat gebunden. Ihr Verständnis hing direkt ab von der marxistischen Staatsauffassung.

Nach Engels ist der Staat das „Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‘Ordnung’ halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“⁽⁹⁾

Die Streitkräfte sind als Teil des Staates eingebunden in die charakterisierte Staatsfunktion. Ihre Besonderheit ist, daß sie das am stärksten bewaffnete Staatsorgan, eine besondere Formation bewaffneter Menschen sind. Streitkräfte werden danach verstanden als das Gewaltinstrument, das den Staat letztlich in seiner Macht absichert, nach innen wie nach außen. Ihr politisches Wesen wird jeweils bestimmt durch den politischen Charakter des betreffenden Staates, der als Machtinstrument der herrschenden Klassen aufgefaßt wird.

Aus dieser hier nur sehr grob skizzierten weltanschaulichen Grundposition ergab sich, daß die Streitkräfte der kapitalistischen Staaten hauptsächlich als Instrumente von Kriegspolitik und als Reserve für innenpolitische Machtsicherung definiert worden sind. Die sozialistischen Streitkräfte dagegen erhielten die Eigenschaft zugesprochen, geprägt vom neuartigen Staat, kriegsverhütende Verteidigungsmacht des Sozialismus zu sein und damit Schutzfunktionen für den Frieden zu erfüllen. Darin bestand das Selbstverständnis der Soldaten der NVA.

3. Über den Frieden

Über den Frieden lautete die weltanschauliche Grundaussage, daß er als Dauerzustand der Gesellschaft endgültig erst mit dem Sozialismus Wirklichkeit wird. „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander“⁽¹⁰⁾, hatten Marx und Engels hinterlassen. Der bisherige zeitweilige Frieden entsprach nicht der Zielvorstellung, weil in ihm sein Bruch, der Rückfall in den Krieg, vorgezeichnet war. Die Zivilisation sollte nun endlich den Zyklus *Krieg – Frieden – Krieg*

hinter sich lassen. Dem stand im Wege, daß die Klassengesellschaft noch nicht aus der Welt war, der ja vor allem in ihrer Existenzform als imperialistischer Kapitalismus kriegserzeugende Wesensmerkmale zugeordnet wurden.

Ende der fünfziger Jahre war aber die von Lenin stammende und von Stalin hochgehaltene These von der Unvermeidlichkeit neuer kapitalistischer Kriege, darunter eines Krieges gegen den Sozialismus, außer Kraft gesetzt worden. Die Gegenthese besagte, daß das nun entstandene politische, ökonomische und militärische Kräfteverhältnis zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltsystem sowie die Friedensbewegung, die auf Grund der Erkenntnis nicht akzeptabler Kriegsfolgen weiter erstarkt, einen neuen Weltkrieg nicht mehr schicksalhaft unvermeidbar erscheinen läßt. Frieden zwischen den beiden Welten wurde also zum Hauptthema, und weltanschaulich basierte dieses Friedenskonzept auf der Idee der friedlichen Koexistenz.

Die Idee der friedlichen Koexistenz, ebenfalls auf Lenin zurückgehend, besagte, daß die Entscheidung *Kapitalismus oder Sozialismus* im friedlichen Wettbewerb beider Systeme, also unter Ausschluß des kriegerischen Konflikts zwischen ihnen entschieden werden soll. Wenn der Konflikt zwischen den Systemen in friedlicher Form ausgetragen wird, erübrige sich dann auch die gefährliche Hochrüstung, und es könne zu einem beiderseitigen Abrüstungsprozeß übergegangen werden. Über den Ausgang des Wettbewerbs, der als Form des Klassenkampfes definiert wurde, könne es keinen Zweifel geben. Der Sozialismus brauche Frieden und werde im Frieden triumphieren, wie eine warnende Anti-koexistenzstimme des Westens bestätigte.⁽¹¹⁾

4. Über die bürgerlichen Ansichten zu Krieg, Frieden und Streitkräften

Die marxistisch-leninistischen Auffassungen gewannen an Attraktivität und Überzeugungskraft vor allem durch polemische Gegenüberstellung zu den entsprechenden bürgerlichen Ansichten. Da wir glaubten, den Anspruch erheben zu können, als einzige eine wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen, leitete sich daraus auch das Wahrheitsmonopol für diesen Gegenstand ab. Das gesamte Denken über Krieg und Frieden wurde von uns dichotomisch getrennt in marxistisches und bürgerliches. Das eine war das Richtige, das andere wurde als falsch, als irrig und vom bürgerlichen

Klassenstandpunkt geleitet, der soziale Erkenntnisstrahnen setzt, verworfen. Bürgerliche und sozialistische Ideologie standen sich auch in diesen Fragen unversöhnlich und sich ausschließend gegenüber.

Unser weltanschauliches Selbstverständnis gab uns also das Bewußtsein erkenntnistheoretischer Überlegenheit. Wir wähnten uns im Besitz der einzig wahren Einsicht in das Wesen von Krieg und Frieden. Wir fühlten uns auch moralisch überlegen, weil Verfechter des gesellschaftlichen Fortschritts hin zu einer Welt des Friedens, weil Verteidiger des gegen die finsternen Mächte des Krieges bereits errungenen Friedens, Vollstrecker einer humanistischen Mission, der zu dienen aller Ehren wert ist.

Dies etwa machte den Bestand an weltanschaulich bestimmten Ansichten über Krieg, Frieden und Streitkräfte aus, als damit begonnen wurde, die NVA und speziell ihr Offizierskorps systematisch politisch und militärisch auszubilden. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften bildete erklärtermaßen die weltanschauliche Grundlage der militärischen Theorie und Praxis, der Militärwissenschaft und der Wehrmotivation. Auf diesem geistigen Boden setzte auch die Lehre und Forschung an der Militärakademie in Dresden ein, als diese 1959 gegründet wurde. Hier entwickelte sich dieses Sachgebiet zu einem wesentlichen Lehrgegenstand und bevorzugten Forschungsobjekt am Philosophie-Lehrstuhl.⁽¹²⁾

II. Der Erwerb von Kritikfähigkeit und die Transformation ins neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte

In den drei Jahrzehnten der Beschäftigung mit philosophischen Problemen des Krieges, des Friedens und der Streitkräfte, wie wir das Gebiet meist benannten, verließen wir die vorgezeichneten Bahnen in dem Maße, wie uns äußere geistige Einflüsse und wachsende wissenschaftliche Kompetenz ein kritisches Urteil ermöglichten. Besondere Umstände brachten es mit sich, daß wir nicht nur innerhalb der NVA wirken konnten, sondern auch in der DDR-Philosophie und von da aus im geistigen Leben des Landes einen Platz besetzen konnten.

Der Veränderungsprozeß begann damit, daß wir uns entgegen aller ideologischen Vorgabe und Konvention als Offiziere an einer militärischen Bildungsstätte theoretisch mit dem Frieden befaßten. Für das Militär erschien

das abwegig. Unser Gegenstand sei der Krieg, den Frieden sollten wir den Philosophen an zivilen Instituten überlassen, hielt man uns entgegen. Als aber 1977 unsere Abhandlung zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart unter dem Titel „Die Einheit von Sozialismus und Frieden“⁽¹³⁾ erschienen war, überließen uns im Gegenteil die zivilen Philosophen mehr und mehr dieses Sachgebiet. Aus einer solchen Position heraus war es uns möglich, die immer wieder aufbrechenden Konflikte zu bestehen.

Den tiefsten Konflikt rief das Bewußtwerden einer ganz neuen Menschheitssituation hervor. Eine neue Phase militärischer Konfrontation im Kalten Krieg hatte Ende der siebziger Jahre eingesetzt. Neue Hochrüstungsprogramme, Marschflugkörper, see- und landgestützte Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen, Weltraumrüstung und Szenarien für den Sieg in einem nuklearen Krieg erschreckten die Menschen. In dieser gefährlichen Situation wurden die Bürger beider deutscher Staaten in bisher nicht gekannter Weise sensibilisiert, fühlten sie sich doch ganz unmittelbar von dem Vernichtungspotential tödlich bedroht, das auf ihrem Territorium stationiert war und wechselseitig auf ihre Lebenswelt zielte.

Die Militarisierung des Systemkonflikts war zu einer unerhörten Konsequenz getrieben worden, zur realen Gefahr, daß die Menschheit sich selbst vernichtet. Spontan wuchs eine beispiellos massenhafte und vielschichtige Friedensbewegung empor und verschaffte sich Geltung. Verschiedene Berufsgruppen formierten Vereinigungen gegen den Atomkrieg und für den Frieden, so Ärzte, Naturwissenschaftler, Kulturschaffende und sogar Soldaten. Sie brachten Bewußtsein, daß die Frage *Frieden oder Krieg* zum erstenmal gleichbedeutend mit der Frage *Sein oder Nichtsein* des menschlichen Lebens auf der Erde geworden war.

Die Neuartigkeit der historischen Situation und die ungeheuerliche Konsequenz, vor die sie das Denken und Fühlen stellte, forderte den Bruch mit der bisherigen Denkweise über Krieg und Frieden, militärische Macht und über die Funktion der Streitkräfte heraus. Ein fundamentales Umdenken setzte ein und erzeugte den Drang nach der Umkehr zu einem Verhalten, das den Fortgang der menschlichen Geschichte ermöglicht. In der DDR nahm dies die Form einer tiefgreifenden weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzung an, die zu einem nicht unwesentlichen Teil der Erosion der scheinbar festgefügtten Machtstrukturen wurde. Sie erfaßte auch die tragenden gesellschaftlichen Kräfte, die geistige Elite und die Menschen in

den Machtorganen und erzeugte eine Polarisierung zwischen konservativen und reformerischen Gruppierungen.

Das Militär und der gesamte Bereich der Landesverteidigung war von den neuen Realitäten des Atomzeitalters am unmittelbarsten betroffen. Die Einsichten in das veränderte Wesen der Welt erschütterten das Selbstverständnis der Soldaten. Fortan standen Aussagen wie die, daß es zum Frieden keine Alternative gibt als den Untergang, kontrastreich jenen gegenüber, die Verteidigungsanstrengungen und Wehrbereitschaft begründen sollten. Das bildete die Konfliktlinie, an der in der Folgezeit Schritt für Schritt unsere bisherigen Denkgewohnheiten und Glaubenssätze zu Bruch gingen und sich ein situationsgerechtes Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte herausbildete.

Als wir 1984 ein Buch mit dem Titel „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“⁽¹⁴⁾ zum publikumswirksamen Anlaß eines Philosophie-Kongresses in die Öffentlichkeit brachten, erreichten wir damit beträchtliche Resonanz. Es fiel nicht nur die unkonventionelle Behandlung der Thematik auf. Das Besondere und Spannungsgeladene hieran war wohl nicht zuletzt, daß sich Offiziere der NVA, tätig an der höchsten militärischen Bildungsstätte des Landes, zu Wortführern einer Umbewertung bisheriger Ansichten über Krieg und Frieden, militärische Gewalt und Streitkräfte gemacht hatten.

Von übergreifender Bedeutung war, daß wir begannen, die scharf gezogene ideologische Trennlinie zwischen marxistischem und bürgerlichem Denken über Krieg und Frieden zu durchbrechen. Nichtmarxistisches Denken werteten wir nicht mehr pauschal ab, sondern differenzierten es in Friedensdenken und Kriegsideologie. Die Trennlinie zogen wir von da an zwischen Kriegsideologie auf der einen Seite und dem Friedensdenken auf der anderen Seite, ob es nun marxistisches oder nicht-marxistisches ist.

Auf diese Weise fanden die Erkenntnisse und Ansichten, die außerhalb der eignen ideologischen Hemisphäre zu diesem Gegenstand gewonnen worden waren, bei uns Eingang, und zwar nicht mehr als Gegenstand der Polemik und der Abgrenzung, sondern als geistige Gemeinsamkeiten. Es fiel die ideologische Barriere, die uns bisher vom breiten Strom friedens-theoretischen Denkens, das auf bürgerlichen Grundlagen koexistenz-freundlich bis pazifistisch orientiert war, getrennt hatte. Wir konnten es zwar nicht direkt aussprechen, wenn wir aber gegen bestimmte Sätze der imperialistischen

Kriegsideologie beim Gegner polemisierten, rechneten wir damit, daß Analogien zu manchen Leitsätzen der eignen Militärdeologie auffallen mußten, so zum Beispiel Denken in den Kategorien militärischer Stärke und Überlegenheit, Siegedenken oder Bagatellisierung der Kriegsfolgen bei atomarer Kriegführung.

Zuerst stürzte das Postulat der militärischen Überlegenheit. Die These, daß eine Gesellschaft, der der Frieden wesenseigen ist, das andere Gesellschaftssystem, das seiner Natur nach Krieg erzeugt, durch überlegene militärische Macht zum Frieden zwingen kann, war ja durchaus logisch und evident. Im Atomzeitalter versagte aber die Logik des Überlegenheitstheorems. Gerade das Gleichgewicht des Schreckens durfte nicht verletzt werden, wenn der hierauf gestützt fragile Frieden bewahrt und der Übergang von der Hochrüstung zur Abrüstung ermöglicht werden sollte. Es widersprach natürlich zutiefst unserer gewohnten weltanschaulichen Sicht, daß auf einmal nicht mehr soziale Kräfte, sondern ein vorrangig technisch bestimmtes, klassenindifferentes strategisches Gleichgewicht als friedenserhaltend anerkannt werden sollte.

Als die These vom friedensichernden militärstrategischen Gleichgewicht, die bis dahin als eine bürgerliche Ansicht verworfen worden war, dann auch staatsoffiziell die Überlegenheitsthese ablöste, blieb das Problem in der NVA noch weitgehend unverstanden. Der Wechsel wurde nicht ernst genommen, zumal sich ja praktisch nichts daran änderte, im Verteidigungsfall eine strategische Offensive zu führen, was ohne strategische Überlegenheit auf dem Kriegsschauplatz nicht möglich ist.

Zum theoretischen Bruch mit den Kategorien und Theoremen der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften kam es aber erst, als die Krise des Krieges und der Verteidigung unübersehbar wurde und die Wehrmotivation erschütterte.

In den achtziger Jahren trat ins Bewußtsein, daß sich eine Zeitenwende vollzogen hatte, die Wende vom prä nuklearen zum nuklearen Zeitalter. Das verteidigungspolitische Denken, das sich bisher in Kategorien einer längst vergangenen Ära bewegt hatte, geriet jetzt in offenen Widerspruch zu den Bedingungen der neuen Ära.

Ausgangspunkt der Umwälzungen in unserem Denken war die Einsicht in den völlig veränderten Charakter des drohenden Krieges. Der Konflikt ent-

zündete sich an der Sinnkrise des Krieges und der Streitkräfte. Der drohende Krieg im Systemkonflikt hatte eine neue Dimension angenommen, die der garantierten gegenseitigen Vernichtung. In der DDR sprach die Partei- und Staatsführung in aller Deutlichkeit aus, daß ein neuer Weltkrieg den Untergang der Menschheit bedeuten würde.

Für die Verteidigungspolitik und Wehrmotivation brachte das ein Dilemma. Eine ernste Sinnkrise der Landesverteidigung und des Soldatseins brach offen aus. Bis dahin galt der Grundsatz, daß der Sinn der militärischen Verteidigung darin besteht, einen möglichen Aggressor vom Krieg abzuhalten und, wenn das nicht gelingt, ihn im Krieg zu besiegen. Die Verteidigung der Heimat und des Sozialismus enthielt eine doppelte Bedeutung, die der Verteidigung des Friedens und die der Verteidigung der eignen Werte im Verteidigungskrieg. Jetzt aber wurde klar, daß die zweite Möglichkeit ausschied. Bewahrung der verteidigungswürdigen Werte im Krieg war nicht mehr möglich, und schon gar nicht Sieg über den Aggressor.

Für das Militär bedeutete diese Einsicht den tiefsten Bruch mit dem Sinn des soldatischen Auftrages und Selbstverständnisses. Anzuerkennen, daß es unmöglich geworden war, das Schützenswerte im bewaffneten Kampf zu verteidigen und den Sieg über den Friedensbrecher zu erringen, erschütterte die Wehrmotivation in ihrem Kern. Gegen die Anerkennung der fatalen Konsequenz des alles vernichtenden Krieges wehrte sich unser historischer Optimismus, unser Vertrauen in die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, die, komme was will, in aufsteigender Linie zu einer höheren Stufe der Gesellschaft fortschreitet. Hieraus hatte sich die geradezu axiomatische Gewißheit vom gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus in einem möglichen Krieg ergeben, der trotz schwerster Opfer auch unter atomaren Bedingungen die Rettung der Menschheit garantieren würde. Es paßte nicht in das Bild unseres geradezu fatalistischen Determinismus, daß die Menschen ihrer Geschichte selbst ein Ende setzen könnten.

Im militärischen Denken ist die Einsicht in die alles verändernden Tatsachen nur sehr zögerlich und widerstrebend angenommen worden. Weil störend für die Erfüllung des militärischen Auftrages, wurde sie lange und immer wieder verdrängt. Mit Gegenaktionen versuchte man, der Sinnkrise Herr zu werden. In der NVA setzte die Armeeführung eine Kampagne zur politisch-moralischen Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf und für den Kampf- und Siegeswillen in Gang. Von uns Philosophen an der Militärakademie forderte man dafür die weltanschauliche und ethische Begründung.

So trieben wir in den Konflikt zwischen gewünschtem Resultat und widerspenstigen Tatsachen, und es entspannen sich andauernde Kontroversen, die um die notwendige Anpassung der weltanschaulichen Grundlagen für die Wehrmotivation und den Auftrag der Streitkräfte ausgetragen wurden. Sie führten aber weit darüber hinaus zu einer grundsätzlichen Revision der alten Auffassungen über Krieg, Frieden und Streitkräfte.

Sieht man ab von dem Werdegang, den der Prozeß der Erkenntnis und der Kampf um die Anerkennung seiner Resultate durchliefen, so lassen sich die Ergebnisse des Umdenken etwa wie folgt zusammenfassen:

1. Wesensveränderung des Krieges und Kriegsbegriff

Die naturwissenschaftlich konstatierten Tatsachen über die das menschliche Leben bedrohenden Kriegsfolgen ließen nicht mehr zu, den Kernwaffenkrieg unter den klassischen Kriegsbegriff zu subsumieren. Dieser Krieg war zu einer anderen Wesenheit geworden, zu einem entarteten Krieg, aus dem es keine Rückkehr zum Frieden als der dem Krieg komplementären Form der Politik mehr gibt.

Die überdimensionierten Mittel des Krieges hatten die Zweck-Mittel-Dialektik gesprengt. Ihre Anwendung vermag den Gegner nicht wehrlos zu machen, um ihm den eignen Willen aufzuzwingen, worin der Zweck des Krieges besteht. Sie vermag nur, den Gegner zu vernichten, aber auch das nur um den Preis der Selbstvernichtung. Damit verliert dieser Krieg seine politische Funktion. Er ist in diesem Sinne nicht mehr Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, sondern das Ende der Politik.

Der Zusammenhang von Politik und Krieg bleibt zwar genetisch bestehen, funktional aber wird er aufgehoben. Das aber bedeutete, die marxistisch-leninistische Grundthese über das Wesen des Krieges anzugreifen und zu revidieren.

Diese Wesensbestimmung aber geht nicht auf Marx, sondern auf Lenin zurück. In diesem Zusammenhang stießen wir darauf, daß in der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg die Entstehung des Krieges und damit seine allgemeine Ursache fälschlich an die Entstehung des Privateigentums und der Klassengesellschaft gebunden war. Jetzt stellten wir die ursprüngliche Auffassung von Marx und Engels wieder her, wonach es Krieg

schon an der Wiege der Menschheit gegeben hat, dieser sich aber in seinem Wesen von dem in der Klassengesellschaft unterschied.

Damit aber war die einseitige Fixierung des Krieges auf die Privateigentumsordnung aufgehoben. Das historische Wesen des Krieges trat in neuer Gestalt hervor. Es ließen sich nun drei historische Kategorien des Krieges unterscheiden:

erstens **der alte Krieg** von Stamm zu Stamm, der noch keine Fortsetzung der Politik war und allenfalls mit der Vernichtung des Kontrahenten, nicht aber mit dessen Unterjochung enden konnte;

zweitens **der klassische Krieg**, dessen Wesen die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln ist. Seine Ergebnisse sind Sieg und Niederlage, Herrschaft und Knechtschaft, Vormacht und Ohnmacht;

drittens **der allesvernichtende Krieg** des Atomzeitalters, der aus der Politik entspringt, aber seine Funktion als Fortsetzung der Politik verliert. Er ist ein dysfunktionaler, entarteter Krieg. Er kann nicht mit Sieg und Niederlage, Befreiung oder Unterjochung, sondern nur mit Vernichtung, nun jedoch mit beiderseitiger, mit Vernichtung der menschlichen Gattung enden.

In erster Linie ist der Kernwaffenkrieg ein solcher nichtklassischer, entarteter Krieg. Aber tendenziell können auch moderne Kriege, die in hochindustriellen und stark urbanisierten Regionen geführt werden, infolge der extrem gesteigerten Waffenwirkung und der Verletzbarkeit der ökonomischen und technologischen Funktionssysteme moderner Gesellschaften die Bevölkerung der betroffenen Gebiete auslöschen.

Die Wesensveränderung des Krieges zog auch eine völlig veränderte Wertung eines solchen Krieges nach sich. Keine der kriegführenden Seiten konnte mehr eine Berechtigung für ihren Krieg herleiten, auch nicht die in Notwehr handelnde, die einen Verteidigungskrieg gegen eine Aggression führt. Es war jetzt unbedeutend für die Wertung dieses Krieges, welche Seite im Recht und welche im Unrecht ist, welche progressive oder reaktionäre politische Ziele verfolgt. Jede Unterscheidung in einen ungerechten oder gerechten, legitimen oder illegitimen Krieg verlor überall dort ihren Sinn, wo die Gewalt zur absoluten Zerstörung der Lebensgrundlagen der Gesellschaft tendiert.

Dies war eine Revision der marxistisch-leninistischen Auffassung über gerechte und ungerechte Kriege und entzog der Verteidigungsmotivation einen weiteren geheiligten Grundsatz. Es stellte sich heraus, daß erst Lenin die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen in die marxistische Kriegsauffassung eingeführt hatte. Im Marxismus-Leninismus, der eine stalinsche Schöpfung war, wurde daraus eine Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg. Sie erfüllte vor allem eine Rechtfertigungsfunktion für die sowjetische Militärpolitik. Sie relativierte die notwendige Ächtung des allesvernichtenden Krieges, brachte uns in eine ungerechtfertigte Frontstellung gegenüber dem Pazifismus und stand der Vereinigung aller Friedenskräfte im Kampf gegen den Atomkrieg im Wege.

Kriterium für die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen waren allein die Kriegsursachen, die Politik, aus der der Krieg entspringt. Jetzt wurden zurückgehend auf Engels die Folgen eines Krieges für die Gesellschaft zum entscheidenden Kriterium für die Stellung zu diesem Krieg.

2. Wesensveränderung des Friedens und Friedensbegriff

Der neue Charakter des Krieges machte auch einen neuen Frieden notwendig. Ein Ausweg aus der Gefahr des Menschheitstodes konnte nur gefunden werden, wenn ein unzerbrechlicher Frieden errichtet wird. Die Frage nach dem Inhalt und dem Wesen des bestehenden und des zu schaffenden Friedens trat ins Zentrum des philosophischen Denkens.

Für die Beantwortung dieser Frage war es zunächst notwendig, aus der geschichtlichen Gesamtsicht historische Kategorien des Friedens zu unterscheiden:

erstens den **Frieden der klassenlosen Urgesellschaft**, der innerhalb des Geschlechtsverbandes alternativlos bestand, nach außen aber nur mit jenen Geschlechtsverbänden, mit denen Frieden ausdrücklich geschlossen war. Es gab ihn, wenn ein Ausgleich der Stammesinteressen erreicht werden konnte, und dies meist nach Maßgabe der bewaffneten Macht, die dafür aufgebracht werden konnte;

zweitens den **Frieden der Klassengesellschaft**, der eine Form der Politik ist und den Charakter der Politik annimmt. Er ist ein im Wechsel mit dem Krieg zeitweiliger Frieden und insofern Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln,

ein Frieden, gestützt auf die Instrumente des Krieges, die auch im Frieden parat bleiben. Dieser Frieden kann Herrschaft und Knechtschaft bedeuten, er kann ein imperialer oder demokratischer Frieden sein, ein Siegfrieden oder ein Vertragsfrieden;

drittens den **Frieden der kommunistischen Gesellschaft**, der auf friederzeugenden ökonomischen und sozialen Grundlagen beruht und zur ungefährdeten, alternativlosen Lebensform wird, also zum ewigen Frieden. Von sich aus braucht dieser Frieden keine bewaffnete Macht. (Fälschlich nahmen wir an, wir hätten diesen Zustand im Rahmen der sozialistischen Länder erreicht. Daß wir dennoch eine bewaffnete Macht brauchten, erklärten wir aus der äußeren Bedrohung durch die kapitalistische Macht.)

Der Frieden im Kalten Krieg beruhte wesentlich auf militärischer Macht, auf Abschreckung durch ständige Kriegsbereitschaft. Diese schon immer gefährliche Logik militärischer Abschreckung geriet im nuklearen Zeitalter zur höchsten Unvernunft. Atomare Abschreckung verlangt eigentlich grundsätzlich, nicht nur bereit zu sein zur vollständigen Vernichtung des Gegners, sondern auch zum Selbstmord und zum Mord an der ganzen Menschheit.

Der atomare Frieden ist paradox, ein Widerspruch in sich. Er wird durch das genaue Gegenteil von Friedlichkeit erhalten, durch gegenseitiges Inschachhalten mit dem absoluten Zerstörungsmechanismus. Er ist das auf die Spitze getriebene System der Feindseligkeit, weswegen er ja nicht zu Unrecht „Krieg der schweigenden Waffen“ genannt worden ist.

Der feindselige Abschreckungsfrieden mußte also ersetzt werden durch einen Verständigungsfrieden zwischen den politischen Kontrahenten. Von Egon Bahr auf den Begriff gebracht, hieß das oberste Gesetz des nuklearen Zeitalters, daß ein großer Sprung im Denken nötig ist, der Sprung von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit, denn die Gegner wären im Untergang vereint, sie können nur gemeinsam überleben.⁽¹⁵⁾ Hauptinhalt des neuen Denkens in den Kategorien des Atomzeitalters war die Einsicht, daß für die gegnerischen sozialen Systeme eine gegenseitige Abhängigkeit des Überlebens besteht. Damit stieg der Frieden zum höchsten Interesse und obersten Wert auf.

In der DDR mündete diese Sichtweise 1983 in das staatsoffizielle Konzept eines Verständigungsfriedens. Frieden ist danach ohne Alternative. Frieden ist das höchste Gut der Menschheit, ist ungeachtet unterschiedlicher

politischer und weltanschaulicher Positionen, über Klassenschranken, über Trennendes hinweg, das vorrangige, gemeinsame, einigende Interesse.⁽¹⁶⁾ In dieser Friedenskonzeption ist nicht die Gegnerschaft oder Feindschaft sozialer Antagonisten der Ausgangspunkt, sondern es sind die Gemeinsamkeiten der sozialen Gegner, ihre übergeordneten Interessen. Vorbedingung für das Austragen der Interessenkämpfe ist angesichts der Zerstörbarkeit der Welt, daß die Welt des Menschen überhaupt erhalten bleibt. Es gibt allgemeinmenschliche Interessen an der Erhaltung des Friedens, weil Frieden zur Voraussetzung für die Erhaltung der Gattung *Mensch* geworden ist.

Diese neue Konzeption eines Verständigungsfriedens, die wegen innerer und äußerer Widerstände nicht konsequent zu Ende gedacht und politisch realisiert worden ist, bildete für uns die Ausgangsbasis für weitergehende Folgerungen.

Ein Verständigungsfrieden machte es unseres Erachtens notwendig, die Auffassung von der friedlichen Koexistenz als Form des Klassenkampfes zu korrigieren. In dieser Formel war die Vorstellung enthalten, friedliche Koexistenz bedeute Kampf zwischen den beiden Gesellschaftssystemen zur Überwindung des einen durch das andere, eben nur in nichtkriegsrischer Form. Wir stellten die originäre Grundidee wieder her, daß friedliche Koexistenz ein Übereinkommen zwischen beiden Eigentumsystemen als gleichberechtigte Partner sein muß⁽¹⁷⁾, arbeiteten aus, wie sich das Wesen dieses besonderen Friedens entfaltet und zur einzig lebensbewahrenden Form des Nebeneinanders und der Interessenkämpfe verschiedener Gesellschaftsordnungen im gegenwärtigen Zeitalter geworden ist.

Keine Seite, so wurde es dann in dem Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ verankert, darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Die Hoffnung sollte sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft, sondern daß beide Systeme reformfähig und friedensfähig sind.⁽¹⁸⁾ Die bestehenden politischen Gegensätze wurden nicht ignoriert. Aber der Kampf um gegensätzliche Interessen zwischen den Staaten und Bündnissen durfte nur noch in friedlichen Formen geführt werden. Der Unterschied der Formen, in der die internationalen Konflikte ausgetragen werden, ist im Atomzeitalter die alles entscheidende Differenz zwischen Sein und Nichtsein der Menschenwelt.

Dem Kapitalismus wurde nun ausdrücklich Friedensfähigkeit attestiert.
(19)

Der Hauptkonflikt verlagerte sich vom Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf den Kampf zwischen Kräften des Krieges und Kräften des Friedens, auf den Kampf zwischen „Falken“ und „Tauben“ in beiden Systemen.

Damit brachen die verhärteten ideologischen Fronten auf, die der Kalte Krieg gezogen hatte. Das Feindbild zerbröckelte, und das Denken in Feindbildern geriet immer mehr in Widerspruch zu dem sachlichen und freundlichen Umgang mit dem Friedensdenken, das aus dem Westen und von anderen weltanschaulichen Positionen kam. 1988 brachen wir dann auch mit dem letzten und am meisten geheiligten Tabu und setzten uns mit dem Feindbildbegriff auseinander, an den auch die Forderung nach Haßerziehung gebunden war.(20)

Und trotz Verbots der Politischen Hauptverwaltung der NVA gelang es, unseren Standpunkt unter die Leute zu bringen.

3. Neues Verhältnis von Streitkräften und Friedenssicherung

Für die Funktion der Streitkräfte, für das Verhältnis der NVA zum Frieden hatte die neue Friedensauffassung gravierende Konsequenzen. Da Frieden im Systemkonflikt alternativlos geworden war, drängte die Logik des Gedankens dazu, den Auftrag der Soldaten auf Friedensbewahrung zu reduzieren. Der Dualismus von Friedenserhaltung und Verteidigung hatte seine Berechtigung verloren. Ohne den Frieden zu bewahren, konnte die Verteidigungsmacht die Werte des eignen Systems nicht verteidigen. Verteidigungsfähigkeit war identisch geworden mit militärischer Friedenssicherung. Im Konflikt zwischen den beiden Verteidigungsbündnissen – und allein in diesem Rahmen hatte die NVA ihre Aufgabe – konnten die Streitkräfte nur noch Funktionen erfüllen, mit denen die Schwelle zum Krieg nicht überschritten wird.

Aber auch die Friedenssicherungsfunktion der Streitkräfte wurde vakant und immer mehr relativiert. Die Vorstellung, daß der Frieden wesentlich auf militärischer Macht beruht, war nicht nur Reflex der Realitäten des Kalten Krieges, sie war durch die Tradition von Jahrtausenden gefestigt, in der es Frieden immer nur in Anwesenheit von Waffen und gestützt auf Waffen gegeben hat. Aller bisherige Frieden war bewaffneter Frieden, ein Zustand, in dem die Waffen schwiegen, und der, weil die Waffen vorhanden blieben,

jederzeit wieder in den Zustand umschlagen konnte, in dem die Waffen sprechen.

Im Atomzeitalter durfte das nicht mehr sein. Jetzt gab es den Zwang, bei Strafe des Untergangs vom bewaffneten Frieden, der in den Krieg zurückfallen kann, zu einem unbewaffneten Frieden, also in einen echten, nicht rückfallgefährdeten Frieden überzugehen. Das bedeutete eine Revision nicht nur der marxistisch-leninistischen Friedensauffassung, sondern auch der originären von Marx und Engels. Die Wende vom bewaffneten zum unbewaffneten Frieden wurde nicht mehr vom Weltzustand des Sozialismus erwartet. Sie sollte sich nun bereits in Anwesenheit des Kapitalismus und gemeinsam mit dem Kapitalismus vollziehen.

Um das militärische Denken dem Atomzeitalter anzupassen und mit der dementsprechenden Friedenskonzeption in Übereinstimmung zu bringen durfte sein Ausgangs- und Zielpunkt nicht mehr der mögliche Krieg, sondern mußte der notwendige Frieden sein. Nicht mehr Krieg, sondern Frieden hatte nun die Zentralkategorie des militärischen Denkens zu sein. Das aber bedeutete eine revolutionierende Umwälzung im militärischen Denken. Sie nötigte das Offizierskorps der NVA zu einem beispiellosen Lernprozeß. Man kann wohl sagen, daß Ausmaß und Tiefe der Wandlungen, die in der Militärtheorie der DDR eingesetzt hatten, einem Paradigmenwechsel in der Wissenschaft gleichkamen.

Das neue militärtheoretische Denken enthielt sogar den logischen Ansatz zur Selbstaufhebung jeder Militärtheorie. Die Quintessenz lautete: Ist der Krieg sinnlos und der entmilitarisierte Frieden eine Überlebensnotwendigkeit, so verliert nach der Logik des Gedankens militärische Macht überhaupt ihre Daseinsberechtigung. Theoretisch stellten wir die Notwendigkeit und Berechtigung von Streitkräften für die künftige Entwicklung einer Friedensordnung zur Disposition. Wir waren uns natürlich bewußt, daß dies nur die Logik des Gedankens war und ein längerer geschichtlicher Prozeß nötig sein würde, um das Logische ins Historische zu überführen.

Was stattfand, war also zunächst nur eine Umwälzung im Denken, und auch diese war noch nicht abgeschlossen. Verfestigte Denkgewohnheiten und Vorurteile waren eine schwer zu überwindende geistige Macht. Die entscheidenden Kämpfe mußten zunächst theoretisch ausgefochten werden. Es bedurfte jahrelanger geistiger Auseinandersetzungen, damit der tief in die

Weltanschauung eingreifende Umbruch im Denken über Krieg und Frieden, Sicherheit und Verteidigung sich vollziehen konnte.

In dieser geistigen Auseinandersetzung bildeten sich Konfliktparteien sowohl innerhalb der staatstragenden Kräfte, darunter in der NVA, als auch zwischen diesen und oppositionellen Gruppen. Als Träger der neuen Ideen traten vor allem Naturwissenschaftler, Ärzte und Geisteswissenschaftler, Theologen und Parteiintellektuelle, Schriftsteller und Künstler, aber eben auch Offiziere der NVA in Erscheinung. Für die zahlreichen Verfechter der neuen Friedensgedanken im akademischen Bereich bildete der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR ein Forum, das Einfluß auf Öffentlichkeit und Politik verschaffte. Den Offizieren der NVA, die in ihm mitarbeiteten, gab er Rückendeckung und erweiterte Wirkungsmöglichkeiten.

Die andauernde Kontroverse zwischen traditionellem und neuem Denken, die in der NVA im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens ausgefochten worden ist, äußerte sich in verschiedenen offenen und verdeckten Erscheinungsformen. Die neuen Einsichten konnten nur gegen erhebliche Widerstände errungen und verbreitet werden, gegen die eigene Befangenheit und gegen die äußeren Widerstände, die Konservatismus und Unverstand, aber auch ideologische Disziplinierung entgegensetzten.

Dabei verlief die Auseinandersetzung nicht absolut konfrontativ. Die Verfechter der neuen Auffassungen konnten sich bis zu einem gewissen Grade auch auf staatsoffizielle friedenspolitische Ansichten stützen. Das sogenannte *Neue Denken* hatte, zumindest in seinen friedens- und sicherheitspolitischen Aspekten, einen nicht unbedeutenden Teil der Partei- und Staatsfunktionäre für sich eingenommen. In einigen Institutionen, die für die Regierenden arbeiteten, hatte es sich fest etabliert. Das gilt vor allem für den außenpolitischen Apparat, für das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Aufgeschlossenheit für das Neue Denken gab es auch in der Abteilung für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED unter Wolfgang Herger, die unter anderem für die NVA zuständig war.

Auch die Armeeführung selbst hatte dazu ein gespaltenes Verhältnis. Einerseits mußte sie die Verteidigungsmotivation in Übereinstimmung mit der friedenspolitischen Staatsdoktrin bringen, andererseits fürchtete sie um den Verlust des Verteidigungswillens der Soldaten und die Demotivation bei

der Erfüllung der militärischen Aufgaben, die ihr vom sowjetisch dominierten Oberkommando gestellt wurden. Jede der nacheinander gewonnenen umwälzenden Erkenntnisse stieß zunächst auf Ablehnung oder Argwohn, einige von ihnen wurden im Laufe der Zeit aber selbst von manchen ihrer ursprünglichen Gegner stillschweigend übernommen. Dieses Spiel wiederholte sich regelmäßig, wenn wieder ein weiterer geheiligter Glaubenssatz geopfert werden mußte.

Auf diese Weise drangen die neuen Ansichten trotz anhaltenden Widerstands vor und gewannen auch innerhalb der NVA eine größer werdende Anhängerschaft. Sie wurden an militärischen Lehranstalten den Offizieren vermittelt, sie wurden auf Schulungen in der Truppe verbreitet, und sie wurden durch Veröffentlichungen verschiedenster Art jedermann zugänglich.⁽²¹⁾

Verbündete in den Redaktionsstuben von zivilen und Militärzeitschriften und in Verlagen, darunter des Militärverlages, halfen dabei und nahmen manche Entscheidung 'auf eigene Kappe'. Die neuen Ideen befanden sich in der NVA auf allen Ebenen in der öffentlichen Diskussion. Von ihnen ging ein Drängen aus auf praktische militärische Veränderungen.

In die militärische Praxis kam aber erst Bewegung, als im Mai 1987 überraschend Prinzipien einer neuen Militärdoktrin des Bündnisses verkündet wurden.⁽²²⁾ Die Hauptaussagen der Doktrin, keinen Krieg, weder einen nuklearen noch einen konventionellen, zuzulassen, keinen Staat als Feind zu betrachten und die Verteidigung streng defensiv auszurichten, wirkten wie ein Paukenschlag. Sie zwangen dazu, die neuen Ideen aus der philosophischen Höhe, in die man sie bislang verweisen konnte, in das aufgabenbezogene militärische Denken und Handeln zu holen. Doch das entscheidende Hindernis blieb, daß diese neuen Doktringrundsätze nicht materialisiert worden sind, vor allem nicht durch den Abbau der Offensivpotentiale.

Am Ende der DDR entfaltete das neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte seine Wirkung im Ringen um eine friedliche und gewaltfreie Ablösung der bestehenden Machtstrukturen und um die Überwindung der Teilung Deutschlands. Auf einmal hatte die Konzeption des Verständigungsfriedens eine Bewährungsprobe auf einem dafür gar nicht vorgesehenen Feld, beim inneren Frieden, zu bestehen.

Die Gebote des neuen Denkens für das Verhalten von Staaten zueinander wurden nun zu Geboten für den Bürgerfrieden. Dialog anstelle von Feindschaft, Sicherheitspartnerschaft der Konfliktparteien anstelle von Gewalt, Vorrang der gemeinsamen Interessen vor politischen Gegensätzen – das

waren nicht unwesentliche geistige Voraussetzungen für die friedliche Lösung des gewaltträchtigen Machtkonflikts.

Sie halfen den Offizieren, sich im politischen Zusammenbruch des Staates, dem sie gedient hatten, selbständig und verantwortungsbewußt zu orientieren und sich an die Seite der Volksbewegung für eine demokratische Erneuerung des Landes zu stellen oder wenigstens sich loyal zu verhalten. Vieles, was das Umdenken über Frieden, Krieg und Streitkräfte an Einsichten, Erfahrungen und Haltungen hervorgebracht hatte, wirkte als geistige Vorbereitung für die demokratische Militärreform, die von reformorientierten Offizieren noch in Angriff genommen worden ist. Bürgerbewegung und Reformkräfte trafen sich in dem Bemühen, die kreative Kraft des neuen Denkens für den Übergang zu einer nichtmilitärischen Sicherheitspolitik freizusetzen. Ihre gemeinsame geistige Basis war das neue Denken über Frieden und Sicherheit.

Bevor man all das dem Vergessen überläßt, sollten wir prüfen, was an diesen Ideen und Lösungsansätzen nach der Zeitenwende, die 1989/90 mit dem Ende des Systemkonflikts eingetreten ist, sich überholt hat und was noch tragfähig sein könnte als ein theoretischer Ausgangspunkt für die geistige Bewältigung der ungelösten Fragen, die in der Ära nach dem Kalten Krieg vor uns stehen. Eine Weltordnung des Friedens ohne Krieg, ohne Drohung mit militärischer Macht und ohne Kampfeinsätze hochtechnologisch ausgerüsteter Streitkräfte ist ja noch nicht entstanden und auch nicht in Sicht.

Die Mittel für die Zerstörung der menschlichen Lebenswelt sind noch vorhanden, und dem exklusiven Kreis der Besitzenden dieser Übermacht, die sich damit zu Richtern über Leben und Tod aller Erdenbewohner erheben, fehlt der politische Wille, die Atomwaffen zu ächten und aus der Welt zu schaffen. Noch hängt das atomare Damoklesschwert über unseren Köpfen, und es kann herabsausen, wenn vergessen wird, daß nur die Umkehr zu einem Frieden, den nichtmilitärische Sicherheitsstrukturen tragen, wirklich Sicherheit bietet und das Weiterleben der menschlichen Zivilisation garantiert.

Mai 1996

Anmerkungen:

- (1) Siehe u.a.: Hermann Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, Berlin 1957; Georg Klaus, Krieg und Frieden. In: Wissenschaftliche Weltanschauung, Teil II, 6. Heft, Berlin 1961; Matthäus Klein/Werner Mussler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. In: Sozialismus und Frieden, Berlin 1961; Matthäus Klein, Vorwort zur Anthologie „Deutsches Friedensbuch“, Berlin 1965.
- (2) Siehe u.a.: Die Kriegsgefahr und der Kampf der Völker für den Frieden. In: Grundlagen des Marxismus–Leninismus. Lehrbuch, Berlin 1960.
- (3) Siehe u.a.: Autorenkollektiv, Krieg, Armee, Militärwissenschaft, Berlin 1963; Autorenkollektiv, Militärische Theorie und militärische Praxis, Berlin 1972; A. S. Milowidow/ S. A. Tjuschewitsch/ D. A. Wolkogonow (Redaktion), Krieg und Armee, Berlin 1979.
- (4) Siehe: Heinz Hoffmann, Die marxistisch–leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften, Berlin 1960.
- (5) Karl Marx/Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie. In: Werke Bd. 3, S. 23 und S. 468.
- (6) W. I. Lenin, Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der werktätigen Kosaken. In: Werke, Bd. 30, S. 386.
- (7) W. I. Lenin, Zur Revision des Parteiprogrammes. In: Werke, Bd. 26, S. 149.
- (8) W. I. Lenin, I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung. In: Werke, Bd. 29, S. 331.
- (9) Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 165.
- (10) Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 479.
- (11) Siehe: William S. Schlam, Die Grenzen des Wunders. Ein Bericht über Deutschland, Zürich 1959, S. 185.
- (12) Siehe u.a. nachfolgende Publikationen: Günter Rau u.a., Politik und Krieg in unserer Zeit, Berlin 1969; Günter Rau u.a., Gerechte und ungerechte Kriege, Berlin 1970; Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel, Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit, Berlin 1972; Gottfried Kießling/Wolfgang Scheler, Krieg und Gewalt in der Geschichte der Klassengesellschaft. In: Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1977; Gottfried Kießling, Krieg und Frieden in unserer Zeit, Berlin 1977; Gottfried Kießling/Wolfgang Scheler, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin 1981; Erich Hocke/Wolfgang Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1982 (2., überarbeitete Auflage).
- (13) Erich Hocke/Wolfgang Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977.
- (14) Autorenkollektiv, Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984.

(15) Siehe: Egon Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 26; Rede aus Anlaß des 90. Geburtstages von Martin Niemöller in der Frankfurter Paulskirche am 16. Januar 1982. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1982 Heft 2, S. 251 f.

(16) Siehe: Erich Honecker, Rede auf der internationalen Wissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED „Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“ in Berlin. In: Reden und Aufsätze, Bd. 9, Berlin 1985, S. 284.

(17) Siehe: W. I. Lenin, Entwurf einer EntschlieÙung des Gesamtrussischen Zentral-exekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz. In: Werke, Bd. 33, S. 342 f.

(18) Siehe: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: Neues Deutschland (Berlin) vom 28. August 1987, S. 3.

(19) Siehe: Dieter Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin 1988.

(20) Siehe: Wolfgang Scheler/Lothar Glaß/Klaus Götze, Feindproblematik und sozialistische Wehrmoral. Information an die Politische Hauptverwaltung der NVA vom 14.12.1987 (unveröffentlicht; später auszugsweise veröffentlicht in: „VOLKSARMEE“ 4/1990, S. 6 f.).

(21) Siehe u.a.: Autorenkollektiv, Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984 und 1986; Horst Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung, Berlin 1985; Wolfgang Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter. In: Militärwesen (Berlin), Heft 1 und 2/1987; Siegfried Fischer, Friedliche Koexistenz und sozialistische Verteidigungsmacht, Berlin 1987; Siegfried Keil, Gewalt und Politik in unserer Zeit, Berlin 1987; Autorenkollektiv, Kriegsideologie – Gewaltkult gegen Frieden und Freiheit, Berlin 1987; Wolfgang Scheler, Die Dialektik des Kampfes um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt. In: Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch, Berlin 1988; Autorenkollektiv, Frieden Krieg Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriß (Herausgegeben von der Militärakademie „Friedrich Engels“), Berlin 1989; Wolfgang Scheler, Neues militärisches Denken. In: Militärwesen (Berlin), Heft 2/1990; Wolfgang Scheler, Militärisches Denken im Lernprozeß für das Überleben der menschlichen Gattung. In: Natürliche Evolution von Lernstrategien. Hrsg. Erhard Geißler und Günter Tembrock, Berlin 1990.

(22) Siehe: Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages. In: Militärwesen (Berlin), Heft 8/1987, S. 3–6.

Wolfgang S c h e l e r

Zu ideologisch-theoretischen Fragen des Problemkreises Frieden, Krieg und Streitkräfte

Unter diesem Thema stand eine Beratung im Ministerium für Nationale Verteidigung, die der Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung für ideologische Arbeit zum 21. Januar 1988 einberufen hatte. Der Grund waren zugespitzte Meinungsverschiedenheiten mit den Philosophen an der Militärakademie. Den unmittelbaren Anlaß hatte unsere Forschungsinformation zur Feindproblematik gegeben.

Teilnehmer waren neben Mitarbeitern der PHV der Direktor des Instituts für Militärgeschichte, der Kommandeur der Militärpolitischen Hochschule, der Kommandeur der Sektion Gesellschaftswissenschaften an der Militärakademie und einige Lehrstuhlleiter. Als Leiter des Philosophielehrestuhls und Urheber der Differenzen war ich aufgefordert, mich zum Thema zu äußern.

Nachfolgend der Abdruck meiner damaligen Ausführungen. Sie geben Einblick in den wesentlichen Inhalt der internen Auseinandersetzungen. W. S.

Die Schwerpunkte sind gestellt, und sie sollten unter dem Gesichtspunkt der Konsequenzen behandelt werden, die das Dokument über die Militärdoktrin für unser Denken und Handeln hat. Ich möchte einige Überlegungen zu diesen Schwerpunkten in die Diskussion einbringen, wie ich sie sehe und wie auch andere Genossen im Lehrstuhl sie sehen:

1. Zur Militärdoktrin als dem für uns bestimmenden Ausgangspunkt

Meines Erachtens ist die neue Militärdoktrin die logische Konsequenz aus der neuen Lage, wie sie im nuklearen Zeitalter für den Sozialismus und alle anderen entstanden ist, und deren Bewußtwerden zu einer veränderten politischen Konzeption des Sozialismus in der internationalen Klassenauseinandersetzung geführt hat, zu einer Politik, die als neues Denken und Herangehen an die internationalen Beziehungen bezeichnet wird. Ihr Hauptinhalt besteht in der Koalition der Vernunft und des Realismus für den Frieden und im Aufbau gemeinsamer, nicht auf militärischer Abschreckung beruhender Sicherheit.

Die Militärdoktrin enthält das dazu gehörende militärpolitische Konzept des Sozialismus. Sie bringt die definitive und verbindliche Umstellung des Militärs auf die neue Gesamtpolitik und bestimmt die militärischen Konsequenzen dieser Politik.

Natürlich haben wir diese Umstellung nicht erst im Mai 1987 und nicht als Bruch von einem Tag zum andern erlebt. Sie war - und ist noch - ein Prozeß, der mit dem Ersetzen des Konzepts friedensichernder militärischer Überlegenheit des Sozialismus durch das Konzept des friedensichernden militärstrategischen Gleichgewichts ab Mitte der siebziger Jahre begann, sich über den Kernwaffenerst-einsatzverzicht der Sowjetunion und Chinas sowie die Erklärungen über die Unmöglichkeit eines Sieges im Kernwaffenkrieg fortsetzte und nun in der neugefaßten Militärdoktrin seine Zusammenfassung und seinen bisherigen Höhepunkt fand. Die eingetretenen Wandlungen sind aber so tief, daß nicht nur der gesamte Inhalt der Militärdoktrin umgewälzt worden ist, sondern sogar die Kategorie Militärdoktrin einen Bedeutungswandel erfahren hat. Wesen und Funktion der Militärdoktrin sind neu definiert worden.

Obwohl natürlich vorausgegangene Doktrinen letztlich immer der politischen Funktion dienten, den Frieden für eine längere Zeit oder nach Möglichkeit auf Dauer zu erhalten, waren es ihr Inhalt und ihre unmittelbare Funktion, das Land auf den Krieg vorzubereiten. Die Militärdoktrin galt als staatlich anerkanntes System wissenschaftlich begründeter Anschauungen „zu den grundlegenden Fragen des Krieges“, der „Einschätzung eines künftigen Krieges, der Stellung des Staates zum Kriege, der Definition des Charakters eines künftigen Krieges, der ökonomischen und moralischen Vorbereitung des Landes auf einen Krieg, des Aufbaus und der Ausbildung der Streitkräfte sowie der Methoden der Kriegführung“. (Sokolowski, S. 59)

Heute ist es zur unmittelbaren Funktion und zum Inhalt der Militärdoktrin geworden, mit militärischen Mitteln und mit dem Abbau des Militärs den Frieden zu erhalten, jeden Krieg, also den nuklearen wie den konventionellen, den Angriffs- und den Verteidigungskrieg, zwischen den Bündnissystemen zu verhindern. Heute sagen wir, unsere Militärdoktrin „ist ein System grundlegender Ansichten zur Verhinderung eines Krieges, zum militärischen Aufbau, zur Vorbereitung der Bruderländer und ihrer Streitkräfte auf die Abwehr einer Aggression und zu den Methoden der Führung des bewaffneten Kampfes zum Schutz des Sozialismus“. (Hampf, S. 8)

Die Militärdoktrin hat sich also aus einer Doktrin über den Krieg (natürlich den Verteidigungskrieg) in eine Friedensdoktrin im vollen Sinne des Wortes verwandelt. Sie bestimmt dazu auch die militärischen Mittel und Handlungen neu:

- die Beschränkung auf militärische Parität,
- die Beschränkung der Mittel und der militärischen Handlungen auf das, was für die Verteidigung, für die Abwehr einer Aggression ausreicht,
- das Ausschließen militärischer Präventiv- oder Präemptivhandlungen aller Art und Bindung der vernichtenden Abfuhr für den Aggressor an einen auf uns verübten Angriff.

Schließlich enthält die Militärdoktrin auch die Eckpunkte einer Abrüstungskonzeption, die Denuklearisierung der Streitkräfte und die konventionelle Nichtangriffsfähigkeit. Vom Führen eines Krieges zur Verteidigung ist nirgendwo die Rede.

Vergleicht man das mit der vorhergehenden Militärdoktrin, die Anfang der sechziger Jahre aufgestellt worden war, und auch mit der zwischenzeitlichen Ausbildungs- und Manöverpraxis, so werden die gravierenden Wandlungen deutlich. Die gültige Militärdoktrin zwingt uns also, unser gesamtes militärisches Denken, das auf den Grundsätzen der vorherigen Militärdoktrin gebildet worden ist, umzubauen.

Zum Vergleich drei Hauptthesen der Militärdoktrin, die in den Jahren 1960 bis 1963 ausgearbeitet und von Chruschtschow und Verteidigungsminister Malinowski verkündet wurde und Eingang fand in das Buch „Militärstrategie“ von Sokolowski:

- „Seinem politischen und sozialen Wesen nach wäre ein neuer Weltkrieg der entscheidende bewaffnete Zusammenstoß der beiden in der Welt existierenden gegensätzlichen Gesellschaftssystem. Dieser Krieg würde gesetzmäßig mit dem Sieg der fortschrittlichen, kommunistischen sozialökonomischen Formation über die reaktionäre, von der Geschichte zum Untergang verurteilte kapitalistische sozialökonomische Formation enden.“ (Sokolowski, S. 264)
- „Dies erfordert vor allem, die qualitative und quantitative militärische Überlegenheit über den wahrscheinlichen Aggressor zu gewährleisten.“ (Sokolowski, S. 265)
- „Ein Krieg zwischen dem Lager des Imperialismus und dem Lager des Sozialismus ... wäre von Seiten des Imperialismus ein aggressiver, ungerechter Annexionskrieg, von Seiten der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft aber ein gerechter, revolutionärer Befreiungskrieg.“ (Sokolowski, S. 234)

Das wurden unsere Grundprämissen im militärpolitischen, militärischen und wehrethischen Denken. Das bestimmte unsere Sicht auf alle Fragen der Lehre von Krieg und von den Streitkräften und ihre Anwendung zur Lösung unserer verteidigungspolitischen und wehrerzieherischen Aufgaben.

Für mich waren das unanfechtbare marxistische Wahrheiten, an die ich glaubte wie ein guter Christ an Bibelsprüche. Es bedurfte daher einer längeren Zeit und umwerfend neuer Tatsachen, bis ich begann, das, was ich bisher gedacht und geschrieben hatte, selbstkritisch zu prüfen, in Frage zu stellen und in einem qualvollen Erkenntnis- und Lernprozeß neue, sachgerechte und zeitgemäße Auffassungen zu erarbeiten. Bestärkt wurde ich dabei vor allem von der schöpferischen, unkonventionellen und kühnen Friedenspolitik unserer Parteiführung. Ich spreche hier deswegen von mir, weil ich mit Sicherheit sagen kann, wie sich bei

mir der Lernprozeß, der Prozeß des Umdenkens vollzogen hat. Ich vermute jedoch, daß es in dieser oder jener Weise jedem von uns so geht.

Die neue Militärdoktrin ist so anders, daß sie mit den alten Denkkategorien nicht erfaßt, nicht verstanden und nicht realisiert werden kann. Das betrifft auch die Bestimmung möglicher Kriege. Sie gibt nicht „eine klare Bestimmung möglicher Kriege“, sondern nur klare Bestimmungen darüber, was militärisch getan werden muß, um noch immer mögliche Kriege nicht zuzulassen. Wenn man erwartet, daß die Militärdoktrin doch wie früher etwas über den Charakter dieser Kriege sagen müßte und daß es vielleicht noch einen geheimen Anhang gibt über diese und ähnliche Fragen, dann hat man die Wandlung nicht in ihrem Wesen begriffen, die mit der Doktrin vor sich gegangen ist und deren Grund nicht in Mängeln der Doktrin, sondern in kardinal neuartigen, Krieg und Frieden betreffenden Tatsachen liegt.

2. Einige Gedanken zu noch immer möglichen Kriegen, zum Sinn des Kampfes und zum Kampfeswillen

Es dürfte keine Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß der gefährlichste und bei Lage der Dinge am ehesten mögliche Krieg der Kernwaffenkrieg ist. Obwohl ihn auch die politisch maßgeblichen Kreise des Imperialismus nicht wollen, kann die Logik der Abschreckungsdoktrin und die materiell weiter betriebene Vorbereitung auf diesen Krieg ihn herbeiführen.

Über einen solchen Krieg sind die zutreffenden Aussagen gemacht worden: Er ist sinnlos, irrational, kann keine politische Funktion erfüllen, ist verbrecherischer Wahnsinn, Inferno, Selbstvernichtung der Menschheit und ähnliches mehr. Inferno ist er auch als bewaffneter Kampf, und das schaffen schon allein die strategischen Offensivkräfte. Handlungen der drei Teilstreitkräfte, über die wir als NVA verfügen, sind in ihm bedeutungslos.

Ein konventioneller Weltkrieg, soweit er bei Vorhandensein von Kernwaffen und ihrem Verbund mit konventionellen Kräften überhaupt eine reale Möglichkeit ist, hätte für die Beteiligten ähnlich zivilisationszerstörende Folgen. In ihm würden die Land-, Luft- und Seestreitkräfte aktiv handeln, aber hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse ihres Handelns fehlt auch diesem Krieg jeglicher Sinn.

Möglich erscheint außerdem ein auf Europa begrenzter Krieg zwischen den beiden gegnerischen Bündnissystemen, der, ob er mit begrenztem Kernwaffeneinsatz oder konventionell geführt würde, in jedem Falle allesvernichtende Folgen für den Kriegsschauplatz Europa hätte. Deshalb hat auch dieser Krieg keinen Sinn, weder für die NATO noch für den Warschauer Vertrag. Auch ein kleinerer lokaler Krieg zwischen den Bündnissen wäre nur ein Schwebezustand zwischen dem sehr wahrscheinlichen Übergang in die nächst höhere Stufe

des Krieges oder einer raschen Einstellung der Kriegshandlungen, bevor es zu spät ist.

Keiner dieser denkbaren Kriege hat also einen Sinn, und folglich kann aus ihnen auch kein Sinn des Kampfes abgeleitet werden. Eine ganz andere Frage ist, daß wir uns auf alle diese möglichen Kriege vorbereiten müssen und welchen Sinn die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf in solchen Kriegen hat. Das ist keine theoretische Spitzfindigkeit, sondern der Springpunkt für das Verständnis des Auftrages sozialistischer Streitkräfte.

Gewöhnlich wird so gefragt: Der friedenserhaltende Auftrag unserer Streitkräfte ist uns klar. Das ist gut so. Dazu stehen wir. Was aber, wenn es dennoch zum Krieg kommt? Müssen wir dann nicht kämpfen und folglich diesem Kampf auch einen Sinn geben? Diese Fragestellung offenbart, daß der Springpunkt unverstanden geblieben ist. Der Springpunkt ist, daß der Sinn des Kampfes im Krieg nicht aus dem Krieg kommt, sondern aus der Notwendigkeit und der Möglichkeit, Krieg mit militärischen Fähigkeiten zu verhindern.

Um den möglichen Krieg verhindern zu können, muß man gemäß den Anforderungen des bewaffneten Kampfes in ihm kämpfen können, kämpfen wollen und auch wirklich kämpfen, falls es dazu kommt. Einen anderen Sinn kann man dem bewaffneten Kampf nicht geben. Nur diesen Sinn hat der bewaffnete Kampf, genauer, seine Vorbereitung, die ganze Ernsthaftigkeit, mit der wir bereit und fähig sind, beliebige Aggressionen abzuwehren.

Die operativen Pläne dafür gibt es. Sie müssen optimal, flexibel und variantenreich vervollkommen werden. Die aus ihnen folgenden Handlungen müssen geübt und im Aggressionsfall ausgeführt werden. Woher soll sonst friedensichernde militärische Macht kommen? Aber um für die Aufrechterhaltung friedensichernder militärischer Macht zu motivieren, brauchen wir nichts anderes als die Kriegsverhütungsoption. Alles andere offenbart mangelnde Ernsthaftigkeit in der Wahrnehmung der unseren Streitkräften auferlegten friedenspolitischen Verantwortung.

Kämpfen können und wollen müssen wir doch nicht für den Fall, daß unsere Friedenspolitik scheitert, sondern damit sie **nicht** scheitert, damit sie auch mit Hilfe militärischer Mittel verwirklicht werden kann. Folglich darf man hier keinerlei Zugeständnisse an die alte Denkweise machen, die, nachdem sich der Sinn des bewaffneten Kampfes nun wirklich nicht mehr am Kernwaffenkrieg festmachen läßt, die letzte Zuflucht im konventionellen Krieg sucht. Möglich sind beide, der nukleare wie der konventionelle Krieg, aber nicht daraus ergibt sich unsere Motivation, sondern daraus, dem Gegner jede Kriegsoption zu nehmen und damit die Möglichkeit, militärischen Druck auf uns auszuüben und uns zu erpressen.

Hierin sehe ich die Dialektik von Friedenssicherung und militärischer Macht des Sozialismus, und um sie zu beherrschen bedarf es keiner Hilfskonstruktionen über

außerdem und **dennoch** mögliche Kriege oder über zwei Seiten des Sinns des Soldatseins, eine für den Frieden und eine für den Krieg. Solche Konstruktionen halte ich für falsch und für schädlich.

3. Zur Abkehr von der Gerechtigkeit des Verteidigungskrieges als Wehrmotiv

Ich komme gleich zum Kern der Sache: Die Leninsche Lehre über gerechte und ungerechte Kriege ist auf die heute zwischen den Bündnissystemen möglichen Kriege nicht anwendbar. Dies ist meines Erachtens eine logische Konsequenz aus der Erkenntnis, daß sich mit Kriegen dieser Art Politik nicht fortsetzen läßt, daß sie aufgehört haben, ein Mittel zu politischen Zwecken zu sein, daß sie ihre politische Funktion verloren haben, daß sie sinnlos sind.

Die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen hat bei Lenin zur Voraussetzung, daß es sich um den klassischen Krieg handelt, der Fortsetzung der Politik der einen oder der anderen Klasse, der unterdrückenden oder der unterdrückten Klasse ist und deren Interessen dient. In dem Sinne konnte ein Krieg zur Verteidigung des Sozialismus und Menschheitsfortschritts als gerecht bewertet werden und war aus dieser Gerechtigkeit ein tragendes Motiv des Verteidigungswillens zu gewinnen. Genau diese Bedingung aber erfüllt ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Vertrag nicht. In dem Maße, in dem der Krieg sein Wesen verändert und seinen entscheidenden Wesenszug verliert, Mittel zum politischen Zweck zu sein, verliert er auch seine differenzierte Bedeutung vom Standpunkt des Klasseninteresses wie des Menschheitsinteresses. Er vermag keinem von beiden zu dienen.

Diese Schlußfolgerung erscheint mir heute so klar, daß mir nur unklar ist, warum ich nicht schon früher zu dieser Einsicht gekommen bin. Was ich also 1981 in der Schrift „Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit“ über die Gerechtigkeit eines Verteidigungskrieges, der ein Kernwaffenkrieg ist, geschrieben habe, ist falsch, und es war schon damals falsch, was ich aber nicht wußte, weil ich die Veränderung im Wesen des Krieges noch nicht begriffen hatte.

Die Anerkennung des Satzes, daß im Atomzeitalter ein Krieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern das Ende jeglicher Politik wäre (Honecker), zieht notwendig die Erkenntnis nach sich, daß die Unterscheidung eines solchen Krieges als ungerechter seitens des Imperialismus und als gerechter seitens des Sozialismus überholt ist.

Daraus ergeben sich überhaupt keine Gefahren für die positive Bewertung von militärischen Vorbereitungen und Handlungen zur Abwehr einer Aggression. Was sich verändert ist, daß in der bisherigen Wehrmotivation eine Grundprämisse für die Gerechtigkeit und moralische Anerkennung unseres soldatischen Handelns der gerechte Verteidigungskrieg war, jetzt aber zur Grundprämisse die Ablehnung

jeglichen Krieges als Mittel der Politik und damit das Handeln gegen den Krieg ist. Bei konsequenter Umstellung der Wehrmotivation auf das Friedensmotiv, die wir ja seit mehr als einem Jahrzehnt betreiben, tritt überhaupt kein Vakuum in der Wehrmotivation auf, wenn der gerechte Verteidigungskrieg als Motiv entfällt - was einmal mehr beweist, wie notwendig und wichtig diese Umstellung war.

Gerecht und moralisch hoch zu bewerten ist also die Landesverteidigung, der Wehrdienst, das Ringen um Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, der dafür notwendige Kampf- und Siegeswille, die Bereitschaft, jederzeit in das Gefecht zur Abwehr einer Aggression einzutreten, dies aber nicht, weil wir einen gerechten Verteidigungskrieg führen würden, sondern weil wir damit das militärisch Mögliche tun, einen allesvernichtenden Krieg unmöglich zu machen.

Die friedenspolitische Verantwortung wahrzunehmen, die von einzigartiger historischer Tragweite ist, - das ist die Quelle, aus der die Gerechtigkeit und moralische Wertschätzung unseres Tuns entspringt. Damit befinden wir als Soldaten uns in voller Übereinstimmung mit der Motivation der Arbeit und gesellschaftlichen Aktivität im zivilen Bereich unserer Republik. Die Spezifik unserer militärischen Tätigkeit beschränkt sich lediglich darauf, daß wir unseren Beitrag für den kostbaren, lebensbewahrenden Frieden auf besondere, auf Soldatenart leisten, eben durch Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft.

Januar 1988

Quellen:

Generalleutnant Ernst Hampf, Fest an der Seite unserer sowjetischen Waffenbrüder. In: Militärwesen, Heft 1/88.

Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski (Redaktion), Militärstrategie, Berlin 1965.

Zur Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht 1998 in Dresden

"Die Reaktion der Sachsen auf die Ausstellung ist gespalten. Ungeteilten Beifall bekommt sie von der PDS, und wie im Westen sind vor allem die jungen Besucher beim Anblick der Fotos erschrocken und entsetzt. Diejenigen aber, die die wissenschaftlichen Fehler der Ausstellung kennen – sie wurde vom ehemaligen DKP-Mann Hannes Heer konzipiert –, lehnen sie ab", wußte "Die Welt" zu berichten. So einfach ist Berichterstattung, wenn man ein "Welt"bild hat.

"Die Ausstellung selber kam auf recht dubiose Weise nach Dresden. Zunächst hatte die PDS-Fraktion beantragt, sie im Landtag zu zeigen, doch das Präsidium stimmte dagegen. Die Idee des Organisators Jens Hommel von der Heinrich-Böll-Stiftung, das Hygienemuseum zu nehmen, lehnte die Landesregierung als Trägerin des Museums ab." Wie die "Welt", so das Land, und entsprechend der vertrauten Rechts-Links-Polarität wird mit einigen zusätzlichen Belegen das Urteil über die Ausstellung formiert: "Eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit hatte den Veranstaltern der Wehrmachtsausstellung bereits im Vorfeld einige Aufmerksamkeit beschert. Als 'UnterstützerInnen' eines Aufrufs vom 1. Dezember nennt das Ausstellungsprogramm eine Liste Prominenter; darunter sind die Schauspieler Friedrich Wilhelm Junge, der evangelische Landesbischof Volker Kreß, die PDS-Stadtchefin Christine Ostrowski (MdL), der parteilose Dresdner Jugenddezernent Jörg Stüdemann, der auf Vorschlag der PDS gewählt wurde, und der Meißner SPD-Unterbezirksvorsitzende Manfred Müntjes, der als gemeinsamer Kandidat von SPD und PDS Landrat in Meißen werden wollte." (1)

Natürlich hat die "Welt" sich das klare Bild nicht trüben lassen und etwa auch den Chef des Verteidigungsbezirkskommandos, Kapitän zur See Dietrich von der Planitz, als Unterstützer genannt. Was denkt sich der Mann auch, wo doch von der Bundeswehrführung unmißverständlich angewiesen ist, Distanz zu halten. Jedenfalls hat das in Dresden ansässige Militärhistorische Museum mehr Soldatenehre und Gehorsam gezeigt, indem es weder seine gut geeigneten Räume zur Verfügung stellte noch seine Unterstützung erklärte.

Von den Unterstützern und sonstigen Sympathisanten kommt in dem Blatt des konservativen Besitzbürgertums niemand zu Wort. Das fehlte noch, in dieser Ehrensache der Deutschen auf Meinungspluralität bestehen zu wollen. Eher schon verdient der Vizepräsident des Landtages, Heiner Sandig (CDU), wiedergegeben zu werden mit der Meinung "Im Grunde müßte auch als Frage formuliert werden, wo der prinzipielle moralische Unterschied zwischen Geislerschießungen und der Bombardierung von Wohnvierteln liege", womit man – auch nicht ungeschickt – in Anspielung auf die Zerstörung Dresdens die deutsche Wehrmacht mit der Anti-Hitler-Koalition auf die gleiche Stufe gestellt und so aus der Schußlinie gebracht hat.

"Die Wehrmachtsausstellung trifft in Dresden auf breiten Widerspruch – Ausschreitungen befürchtet" (2), teilt die Schlagzeile generalisierend mit. Über Zuspruch erfahren wir nichts, es zählt offenbar nur die NPD-Kundgebung gegen die Ausstellung, nicht jedoch die Demonstration des Bündnisses gegen Rechts, nicht der Andrang der Besucher und die Zustimmung der großen Mehrheit. Die alltägliche Desinformation – bei diesem für "Die Welt" sensiblen Thema nimmt sie extreme Formen an. So werden von den führenden Tageszeitungen Meinungen gemacht und Stimmungen erzeugt. Da braucht sich keiner wundern, wenn auf dem Dresdner Theaterplatz verirrte Jugendliche im Tausend unter der NPD-Fahne und mit dem Zeichen 88 für "Heil Hitler" die deutsche Ehre verteidigen wollen und antreten zum "Kampf um Deutschland". NPD-Chef Voigt darf ungestraft die Ausstellungsmacher beschimpfen als "vaterlandslose Gesellen, die die Drecksarbeit für Engländer, Franzosen und Russen" machen, und schreien: "Anderswo würden sie geteert und gefedert." (3) Unter Polizeiaufsicht darf die Menge das "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt" singen.

Die Dresdner haben ihnen und der "Welt" gezeigt: Diese "Welt" ist nicht unsere Welt. Sie haben sich selbst ein Bild gemacht, und die in Dresden erscheinenden Zeitungen haben ihnen dabei sehr geholfen. Wie selten sonst ist die in der Landeshauptstadt herausgegebene Presse ihrer journalistischen Informationspflicht und ihrem ethischen Anspruch, aufklärend zu wirken, gerecht geworden, allen voran die Sächsische Zeitung. Sie berichtete ausführlich über die Exposition und ihre Resonanz, über die Veranstaltungen des Begleitprogramms. Viele Leser kamen zu Wort mit Meinungen pro und contra. Noch nie seit dem Beitritt zur Bundesrepublik hat eine Ausstellung zu einem politischen Thema in Dresden so viele Menschen bewegt und eine solche lebhafte und kontroverse Debatte in der Öffentlichkeit ausgelöst. Diese Tatsache widerlegte die Ansicht, eine Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht sei im Gebiet der früheren DDR überflüssig, weil man darüber hierzulande hinreichend aufgeklärt sei.

Natürlich hat sich infolge antifaschistischer Aufklärung und Bewußtseinsbildung hier keine Legende von der sauberen Wehrmacht in den Köpfen festgesetzt. Aber deshalb hat sich das Thema für die in Ostdeutschland Lebenden keineswegs erledigt, und zwar aus mindestens drei Gründen.

Erstens kann die Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit nirgendwo in Deutschland als abgeschlossen gelten. Jede Generation steht erneut vor dieser Frage und muß den Zugang auf ihre Weise, unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen und in einer anderen Bewußtseinslage finden. Darin lagen, wie mir scheint, auch einige Defizite der antifaschistischen Erziehung der nachwachsenden Generationen in der DDR. Hinzu kommt, daß in der DDR die Entnazifizierung den radikalen Bruch mit der Wehrmacht einschloß, ihre generelle Verurteilung als Bestandteil des faschistischen Staates und Exekutor seiner verbrecherischen Eroberungsfeldzüge und der Unterjochung anderer Völker. Der Anklagepunkt war von vornherein der Charakter des

Krieges, die Tatsache, daß die Wehrmacht nicht etwa für das Vaterland, sondern für die aggressiven Eroberungsziele des nazistischen Deutschland, der einflußreichsten Kreise der deutschen Wirtschaft Krieg führte. Schon das galt hier als hinreichender Grund, der Wehrmacht die Ehre abzuerkennen und sie als das Hauptgewaltinstrument des faschistischen Staates zu ächten. Die Ausstellung, und das ist neu für den in der DDR aufgewachsenen Bürger, beschränkt sich, um die in den westlichen Bundesländern angesiedelten Legende von der sauberen Wehrmacht zu zerstören, auf die von ihr **im Krieg** begangenen Verbrechen und thematisiert nicht das Verbrechen **des Krieges**.

Die in der DDR herrschende, die staatsoffizielle Meinung über die Wehrmacht ließ eine irgendwie geartete Berufung auf militärische Leistungen und soldatische Heldentaten, auf den „guten Glauben, dem Vaterland gedient zu haben“ als Milderungsgründe für das eindeutig ablehnende Werturteil nicht zu. Deshalb gab es nicht den geringsten Ansatz, soldatisches Handeln in der Wehrmacht zu rechtfertigen. Dagegen wurde das widerständige Handeln jeder Art gewürdigt, so das Überlaufen, das Desertieren, die Verschwörung zum Umsturz, die Kapitulation und Gefangengabe und die Abkehr vom Naziregime in der Gefangenschaft. Aus der Begründung von militärischen Traditionen blieb die Wehrmacht selbstverständlich ausgeschlossen. In der Nationalen Volksarmee gab es keine Benennungen von Kasernen und anderen Baulichkeiten nach Wehrmachtsoffizieren, keine Zerstörer „Mölders“ oder „Lütjens“, keine Traditionskabinette mit Insignien von Truppenteilen der Wehrmacht, und kein Nachtrauern um „Verlorene Siege“.

Die uneingeschränkte Antihaltung zur Wehrmacht beanspruchte staatlich garantierte Gültigkeit, so daß offener Widerspruch oder Verstöße nicht geduldet worden sind. Kein Wunder, daß ehemalige Wehrmachtssoldaten über ihre Mitbeteiligung oder persönliche Schuld schwiegen, die Erinnerung verdrängten, und es offene Gespräche darüber auch im kleinen Kreis, in der Familie, mit Kindern und Enkeln nur selten gab. Das muß offensichtlich als Nachteil eines Vorzugs gewertet werden. Man brüstete sich nicht mit seinen Kriegserlebnissen, sondern versuchte, die belastende Vergangenheit durch Bewährung in der Gegenwart hinter sich zu lassen. Es war überwiegend Einsicht in die Mitschuld an den Verwüstungen und Untaten, die von der Wehrmacht in anderen Ländern angerichtet und im eignen Land von ihr zu verantworten waren, die als starkes Motiv für die Beteiligung am Aufbau eines antifaschistischen Staatswesens und an der Wiedergutmachung gegenüber den überfallenen Nachbarstaaten und der Sowjetunion wirkte.

Das gilt auch für diejenigen Soldaten der Wehrmacht, die zum Aufbau bewaffneter Kräfte herangezogen und dann in die Nationale Volksarmee übernommen wurden. Sie hatten dafür keine Bedingungen gestellt wie Wehrmachtsgenerale in der Bundesrepublik. Sie forderten und erhielten keine Ehrenerklärung, sondern sie hatten bedingungslos die Bedingung zu erfüllen, sich von der Wehrmacht zu distanzieren. Neben der Besetzung der entscheidenden Kommandoposten mit bewährten Antifaschisten garantierte das die antifaschistische Geisteshaltung in der

Nationalen Volksarmee von Anbeginn und den verinnerlichten Bruch mit der Wehrmacht. Das gehört zu den Leistungen, die man der DDR und der NVA nicht absprechen kann, ohne die historischen Tatsachen zu entstellen. Die Fehlleistungen der DDR liegen wahrlich nicht in einem falschen Verhältnis zur Wehrmacht, sondern im verfehlten politischen System und in einer Überbewertung militärischer Macht für seinen Schutz gegenüber Destabilisierung von außen. Begünstigt durch den Rang, den man Streitkräften beimaß, haben sich aber auch in den im bewußten Gegenentwurf zur Wehrmacht geschaffenen Streitkräften Formen der Disziplinierung und des Umgangs von Vorgesetzten mit den Unterstellten und der Soldaten untereinander hartnäckig halten können, wie sie von früheren deutschen Armeen, auch der Wehrmacht überliefert waren. In dieser Hinsicht ist die NVA den Barras nie ganz los geworden, zumal die Sowjetarmee, die als Vorbild galt, gerade darin eher stupider war und in bezug auf das, was man in der Bundeswehr Innere Führung nennt, manches aus der zaristischen Tradition bewahrt hatte.

Zweitens, und das scheint mir noch wichtiger, hat sich hier nach dem Zusammenbruch der DDR viel verändert, und sind die hier wohnenden Menschen nicht mehr ganz dieselben. Sie leben unter veränderten politischen Verhältnissen, in einer anderen Gesellschaft, und sind der Meinungsbildung unterworfen, die von den Medien dieser Gesellschaft produziert und verbreitet wird. Natürlich hätte in der DDR keine Volksvertretung – wenngleich nicht durch freie Wahlen legitimiert – sich geweigert, eine Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht in ihren Räumen zu dulden, im Gegenteil. In der Bundesrepublik verweigern frei gewählte Volksvertreter des Freistaates Sachsen, die Ausstellung im Bürgerfoyer des Landtages zu zeigen (siehe oben). „Die Ausstellung wird nicht gezeigt. Wir sind 1989 nicht auf die Straße gegangen, damit heute im demokratischen Parlament kommunistische Geschichtslügen verbreitet werden“ (4), ließ sich Volker Schimpff, Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses im Sächsischen Landtag, vernehmen. Zur Ehre der 1989 auf die Straße gegangenen Sachsen behaupte ich aus eigenem Erleben, daß sie gewiß nicht im Sinn hatten, die faschistische Wehrmacht in Schutz zu nehmen.

Daß die Landesregierung auch das Hygienemuseum als Ausstellungsort verweigerte und man sich schließlich mit den viel zu engen und unansehnlichen Räumlichkeiten der Technischen Sammlung begnügen mußte, ist ein deutliches politisches Werturteil. Nicht zu übersehen ist auch das demonstrative Fernbleiben des Oberbürgermeisters der Stadt bei der würdigen Eröffnung der Ausstellung im Schauspielhaus. Von den Regierenden politisch nicht gewollt – das ist die Botschaft. Wir haben sie verstanden. Viele Bürger haben darauf geantwortet, mit geduldigem Schlangestehen vor den Ausstellungsräumen, mit ernsthafter Betrachtung und Meinungsäußerung am Ort, bei den meist überfüllten und gut gemachten Begleitveranstaltungen und in der Presse.

Gerade die spürbare politische Ablehnung machte die Ausstellung zu einem die Öffentlichkeit bewegenden Ereignis. Sie gab Anlaß, den von der staats-offiziellen

Stellung abweichenden Bürgerwillen zu bekunden. Junge und alte Menschen, solche, die den Krieg noch erlebt haben, und solche, die keinen erleben wollen, setzten sich zur Wehr gegen eine Inschutznahme der Wehrmacht und traten für vollständige Aufklärung dieses Kapitels deutscher Geschichte ein. Die ganze Bedeutung dieser geistigen Auseinandersetzung ist besonders durch die gegen die Ausstellung gerichteten Stimmen vor Augen getreten. Nicht einmal der Protest der aufgebotenen Neonazis brachte diesen Effekt, denn von dieser Seite ist nichts anderes zu erwarten. Nein, die Stimmen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft ließen aufhorchen.

Drittens geht es um den Einstieg in eine bundesdeutsche Auseinandersetzung, die wir früher bestenfalls von außen wahrgenommen hatten. Jetzt sind die Ostdeutschen direkt in sie eingebunden, und ihre Interessen, besonders die an Frieden und Sicherheit, sind direkt davon betroffen. Welche Folgen hat es für das Vertrauen in die Sicherheitspolitik Deutschlands, wenn heute noch bei denen, die sie als hochrangige Soldaten auszuführen haben, die Bewertung der Wehrmacht als mithaftendes Glied des Naziregimes abgewehrt wird? Diese Abwehrhaltung ist jedenfalls dominant bei den Verantwortungsträgern der Bundeswehr.

Nachzulesen ist dies zum Beispiel in einer Dokumentation der Bundeszentrale für politische Bildung über eine Debatte aus dem Jahre 1997. Generalmajor a. D. Gottfried Greiner, der von sich sagt, daß er während seiner ganzen Dienstzeit von 1940 bis 1945 keine nationalsozialistische Indoktrination erlebt habe, bestreitet eine bewußte Beteiligung bzw. Mittäterschaft der Soldaten der Wehrmacht an den Maßnahmen des von Hitler initiierten „Vernichtungskrieges“ in Rußland und auf dem Balkan. Er rechtfertigt die Erschießung von gefangenen Partisanen mit Hinweis auf ihren Status als Nichtkombattanten und kritisiert, daß die Ausstellung nicht „auf die von Anfang an heimtückische Kampfweise der Sowjets“ eingegangen ist. (5) Das spricht für sich.

Generalleutnant a. D. Werner von Scheven räumt zwar ein, daß die Legende von der sauberen Wehrmacht längst unhaltbar geworden ist, die Bilder und Texte der Ausstellung wirkten auf den Betrachter aber „als krimineller Vorwurf an alle Deutschen, die sich an kriegerischen Handlungen gegen die Sowjetunion oder Jugoslawien zu beteiligen hatten“. Und er will die Wehrmacht mit der Aussage entlasten: „Die Wehrmacht war das deutsche Volk in Waffen. Ihre Truppenteile waren nicht selten eine Art Schutzzone vor den Zumutungen des Regimes.“ Die existentielle Frage sei, daß für den Soldaten das Handeln im Krieg „Tateinheit von Verteidigung der Heimat und Verteidigung des gewalt-sam erweiterten Reiches war, Tateinheit von Schutz der Heimat, ja der eigenen Angehörigen vor einem furchtbaren Feind und Schutz der Fortdauer unsäglicher Verbrechen“, und diese „millionenfache ‘Tragödie des Pflichtbewußtseins’ (Helmut Schmidt) wird verschwiegen.“ (6)

Genau das ist der Punkt. Noch immer wird in Abrede gestellt, daß dieser Krieg von Anfang an nichts anderes war als ein völkerrechtswidriger Aggressionskrieg, nicht aber ein Krieg zur Verteidigung der Heimat. Kein „furchtbarer Feind“ hat die Heimat angegriffen, und kein deutscher Soldat ist ausgezogen, sich und seine Familie zu schützen, sondern hat durch sein Handeln die Angegriffenen zu Feinden gemacht und sie dazu gezwungen, ihre Heimat und ihre Angehörigen vor einem furchtbaren Feind zu schützen. In einer „Tragödie des Pflichtbewußtseins“ konnte man sich nur so lange befinden, solange man befangen war durch die nationalsozialistische Indoktrination. Und einige Wehrmachtssoldaten haben, wenn auch spät, gezeigt, was Pflichtbewußtsein gegenüber dem deutschen Vaterland erfordert, nämlich Bruch mit dem Nazi-regime und Beendigung des Krieges. Nicht alle, die diesen Bruch vollzogen, werden in der Bundesrepublik dafür geehrt.

Ganz und gar indiskutabel wird es jedoch, wenn Werner von Scheven behauptet: „Geiselnahme und Erschießung von Geiseln entsprachen dem damaligen Kriegsrecht, wenn Nichtkombattanten in das Kriegshandeln völkerrechtswidrig, d. h. bewaffnet und hinterlistig eingriffen.“ (7) Wie man als hochrangiger Offizier in einem Staatswesen, das sich als demokratische Wertegemeinschaft bezeichnet und beansprucht, andere über Menschenrechte zu belehren, öffentlich für die im Auftrag des Hitlerregimes von der Wehrmacht ausgeführten Geislerschießungen eintreten kann, das wird man der demokratischen Öffentlichkeit erklären müssen, ganz besonders der in den östlichen Bundesländern.

Man könnte die Reihe solcher Äußerungen, die für die Ohren Ostdeutscher nicht nur ungewöhnlich sind, sondern ungeheuerlich klingen, beliebig fortsetzen. In einer Debatte, die über das Thema Wehrmacht 1995 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ geführt worden ist, erteilte, damals noch als Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann der Wehrmacht als Ganzes Absolution, indem er lediglich einräumte, daß „es in Teilen Schuld und Verstrickung gab. Dennoch gilt für die meisten Soldaten der Wehrmacht noch immer, was der unvergessene Axel von der Busche 1947 sagte: ‘Ein Großteil der Treue gegenüber dem obersten Kriegsherrn ist ‘bona fide’ geleistet worden.’“

Deutlich gibt er zu erkennen, welchem Zweck die Bemühungen um das In-schutznehmen der Wehrmacht dienen, wenn er schreibt, die Werteordnung des Grundgesetzes „läßt Spielraum, vorbildliche Leistungen aus allen Epochen der deutschen Militärgeschichte in die Tradition der Bundeswehr zu übernehmen. Damit ist auch gesagt, daß soldatische Haltung und militärische Leistung der Soldaten und Truppenteile, die in allen Epochen der Geschichte ehrenhaft und rechtmäßig gehandelt sowie tapfer gekämpft haben, die Achtung und den Respekt der Soldaten der Bundeswehr verdienen.“ Und damit kein Zweifel gelassen wird, was gemeint ist, fügt er dem hinzu: „Die Bundeswehr wäscht damit die Wehrmacht nicht rein; sie setzt sich durchaus kritisch mit der Rolle der Wehrmacht auseinander. Ich trete aber für ein differenziertes Urteil ein. Ich bin für eindeutiges Verurteilen, wo Verbrechen begangen wurden, bin aber ebenso eindeutig gegen

eine pauschale Verdammung der Wehrmacht. Die Wehrmacht, das sind 18 Millionen Deutsche.“ (8)

Nein, das ist Reinwaschung der Wehrmacht und zeigt, in welchen Stiefeln die Bundeswehr nach dem Willen ihrer Schöpfer und ihrer maßgeblichen Führungskräfte stehen soll. „Neue Form, alter Geist“, überschreibt „Die Zeit“ einen Artikel über das Thema, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus der Wehrmachtstradition zu lösen. (9) Es wird höchste Zeit, daß diejenigen Offiziere der Bundeswehr, die das nicht wollen, von ihren Rechten als Staatsbürger in Uniform und ihrem Bürgerrecht auf Widerstand Gebrauch machen, damit es nicht wieder zu spät ist. Auf Unterstützung in der Öffentlichkeit können sie rechnen, das hat die Resonanz auf die Ausstellung in Dresden wie in anderen Städten gezeigt. Eine historisch begründete und richtige Beurteilung der Wehrmacht ist von Ralf Giordano auf den Begriff gebracht worden: „Die Wehrmacht hat das kriminelle NS-System mit Waffengewalt über die deutschen Grenzen exportiert, sie war das Schwert in den Händen der Naziführung zur Realisierung ihrer kontinentalen und globalen Raub- und Unterdrückungspläne. Erst im Schatten der Wehrmacht konnten die Todesschwadronen der SS operieren, erst die territorialen Eroberungen der Wehrmacht haben dem stationären und dem mobilen Vernichtungsapparat des Reichssicherheitshauptamtes den Freiraum geschossen – sein Radius war immer identisch mit den deutschen Fronten.“ (10)

Was sich aufdrängt ist die Frage: Was haben wir von einer Bundeswehr zu erwarten, die ihr Verhältnis zur Wehrmacht nicht in dieser Weise bestimmt, sondern in der Art der zitierten Generale, und was von Politikern, unter deren parlamentarischer Kontrolle der Streitkräfte das geschieht? Angesichts der Kriegshandlungen der NATO, die auf einem Schauplatz stattfinden, von dem auch die Ausstellung handelt, fällt die Antwort nicht schwer. Deutsche Soldaten kämpfen wieder da, wo die faschistische deutsche Wehrmacht gewütet hat und 1945 geschlagen worden ist.

März 1999

Quellen:

- 1 Markus Lesch, „Eine Veranstaltung, typisch für den Westen“. Die Wehrmachtsausstellung trifft in Dresden auf breiten Widerspruch – Ausschreitungen befürchtet. In: Die Welt vom 23. Januar 1998, S. 2.
- 2 Ebenda.
- 3 Heinrich Löbbers, Gewalt lag in der Luft. In: Sächsische Zeitung vom 26. Januar 1998, S. 3.
- 4 Volker Schimpff, in: Freie Presse (Chemnitz) vom 4. März 1997.

- 5 Siehe Generalmajor a. D. Dr. Gottfried Greiner, in: Hans-Günther Thiele, Die Wehrmachtsausstellung. Dokumente einer Kontroverse, Bonn 1997, S. 35 ff.
- 6 GenLt a. D. Werner von Scheven, in: Ebenda, S. 119f.
- 7 Ebenda, S. 120.
- 8 Generalinspekteur Klaus Naumann, Erinnern, lernen – nichts kopieren. In: Gehorsam bis zum Mord? Der verschwiegene Krieg der deutschen Wehrmacht – Fakten, Analysen, Debatte. ZEIT-Punkte Nr. 3/1995, S. 88.
- 9 Siehe Wolfram Wette, Neue Form, alter Geist. Die Gründungsgeschichte der Bundeswehr erklärt, warum es unserer Armee so schwer fällt, sich aus der Wehrmachtstradition zu lösen. In: Die Zeit Nr. 12 vom 18. März 1999, S. 98.
- 10 Ralf Giordano, zitiert in: „Die Zeit“, Nr. 19 vom 5. Mai 1995, S. 5.

Stehen wir am Ende einer "Zwischenkriegszeit"? *

Mit dem 24. März 1999 hat Deutschland das Versprechen gebrochen, niemals wieder Krieg zu führen. Unversehens stellt sich mit allem Nachdruck die Frage, ob der Frieden, der uns in der reichlichen Hälfte des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts beschieden war, nur eine Pause zwischen Kriegen gewesen ist. Wo also befinden wir uns nunmehr in dem bislang unaufhörlichen Wechsel von Kriegs- und Friedenszeiten? Steht uns jetzt also wieder eine Zeit bevor, in der wir Kriege führen und erleiden müssen?

Wer weiß, was das ist, Krieg, der kann ermessen, wie diese so nüchtern formulierte Frage über unser Glück oder Unglück entscheidet, über das Leben und die Unversehrtheit unserer Kinder und Enkel, über ihre Teilung in Opfer und Täter, in die Gerechten und die Schuldigen, so wie es nach dem verlorenen Weltkrieg den Deutschen ergangen war. Das ist in der neueren Geschichte die Schicksalsfrage der Deutschen schlechthin. Haben das die vom Volk gewählten und dem Volk verantwortlichen Politiker schon vergessen?

Nach der von Deutschland angerichteten Weltkriegskatastrophe hieß das Versprechen, das wir Deutschen uns und den anderen Nationen gegeben haben: Nie wieder mit Waffen und Soldaten über andere Völker herfallen. Umkehr von Soldatentum und bewaffnetem Kampf zur friedlichen Arbeit. Endgültiger Bruch mit der Kriegsgeschichte, dem deutschen Verhängnis.

Diese von den Siegermächten auferlegte und von lernwilligen Deutschen akzeptierte militärische Zurückhaltung ist im Kalten Krieg durch die Wiederbewaffnung in West- und Ostdeutschland zwar relativiert worden, aber im Wichtigsten blieb sie erhalten, nämlich in der Beschränkung auf Landesverteidigung, also auf Verhütung oder Abwehr einer Aggression. Und als sich endlich die Erkenntnis Bahn brach, dass die gegeneinander gerichteten Militärapparate zum Mechanismus der garantierten gegenseitigen Vernichtung missraten waren, machte selbst ein Verteidigungskrieg keinen Sinn mehr. Damit war der letzte Grund hinfällig, mit dem man die These vom gerechten Krieg aufrechterhalten konnte, die Notwehr.

Seit dem Frühling dieses Jahres ist alles anders. Deutschland griff einen Staat an, ohne von ihm angegriffen, ja ohne von ihm im mindesten militärisch bedroht zu sein. Das ist das Faktum. Damit ist Deutschland zum Rückfalltäter im kriminellen Gebrauch kriegereischer Gewalt geworden. Dass es gemeinsam mit anderen die Aggression ausführte, mindert nicht die Verantwortung für dieses Verbrechen. Insofern, in Bezug auf Deutschland, kann man mit Recht von einer Zwischenkriegszeit sprechen. Tatsächlich endete für Deutschland die Periode, in

* Bearbeitete Fassung eines Vortrages im August 1999, zuerst veröffentlicht in: 1945 – 1999: NUR EINE „ZWISCHENKRIEGSZEIT“? Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., Schriftenreihe Heft 44, Jena 2000.

der es Frieden hielt, in der es keine Kriege führte. Und die hatte immerhin eine Dauer von mehr als einem halben Jahrhundert.

Leider spricht wenig dafür, dass es sich um eine einmalige, nur kurze Unterbrechung dieser langen Friedensperiode handelt. Alles spricht dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland sich auch künftig an ähnlichen militärischen Gewaltakten der Allianz beteiligt. Der politische Konsens der großen Mehrheit der Demokraten für Militärinterventionen ist hergestellt. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind mit Hilfe von Verfassungsrichtern, die das Recht beugen, und von Bundestagsabgeordneten, von denen welche wissen und welche nicht wissen, was sie tun, geschaffen. Die Gewaltinstrumente, die Streitkräfte samt Logistik sind reorganisiert und geistig umgerüstet von Landes- und Bündnisverteidigung auf Kriegführen in anderen Ländern und Regionen.

Der Regierung, die eigentlich nicht mit der Absicht angetreten war, Deutschland in einen Angriffskrieg gegen ein Völkerrechtssubjekt zu schicken und ihre Regierungsfähigkeit einer Zerreißprobe auszusetzen, ist der Sündenfall sichtlich peinlich, und, auch das sollten wir nicht übersehen, sie hat zur Beendigung des Krieges etwas beigetragen. In der Koalitionsvereinbarung hatten die mit Volkes Stimme in die Regierungsverantwortung Gerufenen einige Lichtpunkte gesetzt. So sollte vor allem mehr getan werden für Konfliktprevention und friedliche Konfliktbearbeitung. Aber die gleichzeitig gegebene Zusage, sicherheitspolitische Kontinuität zu wahren, war die angelegte Fessel, und schnell schnappte die Falle der NATO-Bündnistreue zu. Wer die Regierungsmacht übernahm, wusste: In der Bundesrepublik Deutschland ist nur regierungsfähig, wer bündnisfähig ist, und bündnisfähig ist derzeit nur, wer auch Kriegsfähigkeit beweist.

Aus deutscher Sicht also ist die Periode 1945 bis 1999 wirklich eine Art Zwischenkriegszeit. Sie ist es faktisch, und sie ist es geistig. Wir sind zurückgefallen in eine geistige Situation, in der nicht nur die Machtausübenden, sondern auch die breite Öffentlichkeit eine Interventionspolitik mit Waffen und Soldaten akzeptiert, im Osten sehr viel weniger als im Westen. (Warum im Unterschied zu den Altbundesbürgern die Neubundesbürger diesen Krieg mehrheitlich ablehnten, verdient eine gesonderte Analyse.)

Die Lehre vom gerechten Grund für einen Krieg ist wiedergekehrt. Vergessen ist, dass die Deutschen für jeden Krieg, in den sie geschickt wurden oder freiwillig gezogen sind, gerechte Gründe wussten. Nach jedem dieser Kriege aber stellte sich heraus, dass die angeblich gerechten Kriegsmotive erlogen waren und in Wirklichkeit um handfeste Interessen Krieg geführt worden ist, um Interessen aber, die nicht die Interessen der einfachen Leute waren.

Wer nun glaubt, dass es diesmal nicht so ist, wird enttäuscht werden. Gerhard Schröder rief seinen Genossen zu: „Wir dürfen nicht zulassen, dass in unserem Europa Menschen gedemütigt, deportiert und getötet werden.“ (1) Hat seine Regierung nicht daran mitgewirkt, in einem barbarischen Bombenkrieg unschuldige

Menschen zu töten und in unserem Europa ein Volk zu demütigen, indem sie es zum Feind und Kriegsoffer machte? Sind Menschen nicht gerade durch den Krieg der Allianz vertrieben worden, der sie vor Deportation schützen sollte, weil der Krieg Gesetzlosigkeit erzeugte, nationalistische Exzesse entfachte, und Bürgerkriegs-Gräueltaten im großen Stil erst ermöglichte?

Unter Berufung auf Erhard Eppler, einer großen Autorität aus der früheren Friedensbewegung, haben Bundestagsabgeordnete ihre Entscheidung für den Krieg mit der Lösung eines moralischen Konfliktes gerechtfertigt: Sie hätten sich zwischen zwei Übeln entscheiden müssen: entweder dem Morden und Vertreiben zuzusehen oder mit militärischer Gewalt einzugreifen. Selbst wenn man dem folgt, nachdem wir das Ergebnis vor Augen haben, ist leicht zu sehen, welches das größere und welches das kleinere Übel ist. Warum hat man sich denn für das größere entschieden?

Der Krieg der 19 Demokratien hat das Töten und Vertreiben vervielfacht, und erst dieser Krieg hat Zerstörungen angerichtet, die den Menschen in einem Staat Europas lebenswichtige materielle Existenzgrundlagen genommen haben. Die Nachkriegszeit wird dort furchtbar werden. Dem Kriegsoffer verweigert die westliche Wertegemeinschaft nicht nur die fälligen Reparationen, sondern sie knebelt die Menschen, die sie in Leid und Elend gestürzt hat, noch weiter mit einem Embargo und erzeugt so die nächste "humanitäre Katastrophe", willentlich. Das heißt, der momentane Frieden ist nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges gegen Serbien mit anderen Mitteln.

Wie kann man, sich auf Moral und Menschenrechte berufend, selbst zu Taten schreiten, die derart unmoralisch sind und die Menschenrechte mit Füßen treten, zu Untaten wie das ein Krieg ist, mit all den Gräueln und der Bestialität, die er mit sich bringt? „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“ (2) bestimmt Artikel 3 der universellen Menschenrechte. Krieg setzt das Recht auf Leben außer Kraft, ebenso das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person. Krieg für Menschenrechte – das ist absurd.

Die „humanitäre Intervention“ ist ein Trugbild, weil Krieg inhuman ist und humane Ziele nicht mit inhumanen Mitteln zu erreichen sind. Da das vereinbarte Völkerrecht keinen Krieg zum Einschreiten gegen Menschenrechtsverletzungen erlaubt, ist diese so genannte humanitäre Intervention etwa dasselbe wie im staatsrechtlichen Bereich die verbotene Selbstjustiz. Überhaupt fällt auf, dass die westlichen Demokratien sich bloß nach innen auf rechtsstaatliche Prinzipien berufen, nach außen jedoch eher auf Macht als auf Recht.

Das ist nun allerdings nichts spezifisch Deutsches. Im Gegenteil, hierin hat die Bundesrepublik vielmehr die ihr auferlegte Sonderstellung in der westlichen Gemeinschaft abstreifen können und ist zu einer gleichberechtigten Macht mittlerer Größe aufgestiegen. Sie kann sich seitdem außenpolitisch „normal“ verhalten,

das heißt, militärische Macht gebrauchend, wie die anderen westlichen Staaten gleicher Größenordnung.

Als das Verfassungsgericht 1994 den außenpolitischen Gebrauch deutscher Streitkräfte für zulässig erklärt hatte, charakterisierte Vizekanzler Kinkel den neuen deutschen Status so: „Am 12. Juni gaben die Karlsruher Verfassungsrichter der deutschen Außenpolitik ein letztes wichtiges Stück Handlungsfreiheit und Normalität zurück. Am selben Tag hat Präsident Clinton Deutschland als Schlüsselpartner der USA bezeichnet“, stellte er befriedigt fest und akzentuierte dieses Doppelereignis als inhaltlichen Konnex der „deutschen Größe und Dynamik“. (3)

Das Wort von deutscher Größe und Dynamik im Munde bundesrepublikanischer Repräsentanten weckt ungute Erinnerungen, zumal wenn es im Kontext zum Gebrauch militärischer Macht fällt. Und es gibt noch mehr, was wir sehr ernst nehmen sollten. Ist es wirklich rein zufällig, dass im Kosovo-Konflikt, wie schon zuvor in den Sezessions- und Bürgerkriegen in und gegen Jugoslawien, die Scheidelinie zwischen Freund und Feind genauso gezogen worden ist wie im Krieg des faschistischen Deutschland auf dem Balkan?

In der Sächsischen Zeitung war zu lesen: „Wer beim Anblick deutscher Soldaten in fremden Ländern immer noch so etwas wie Unbehagen empfindet, sollte ins Kosovo reisen und sich dort das Herz wärmen. ... Die Deutschen sind beliebt. ... So empfinden es die Albaner, die schließlich schon im Zweiten Weltkrieg die Waffenbrüder der Deutschen waren und die jetzt ein weiteres Mal mit deren Hilfe den serbischen Erbfeind besiegt haben.“ (4) Der Autor will – das möchte ich zum Schutz vor Missverständnissen sagen – niemand das Herz wärmen. Nein, er will uns mit seinem geschickt gegen den Meinungsstrom lancierten Artikel die von der Kriegspropaganda verkleisterten Augen öffnen.

Das tut auch bitter Not, denn, wie der Altvater der Friedensforschung, Johan Galtung, sehr deutlich ausspricht: „Auch im Unterbewußtsein der Deutschen gibt es etwas Antislawisches und Antiorthodoxes. Was tut man? Man redet über den Holocaust und die DDR, aber dort (was das Antislawische und Antiorthodoxe betrifft – W. Sch.) hängt man einen Schleier über 700 Jahre deutsche Geschichte.“ (5) Wie sich zeigt, lässt dieses Unterbewusstsein sich mobilisieren für geopolitische Interessen, die vielleicht nicht 700 Jahre, aber doch über sehr lange Geschichtsperioden relativ konstant bleiben und Deutschlands "Dynamik" bestimmen, wenngleich die politischen Systeme und Staatsformen wechseln, vom Kaiserreich zur halbbürgerlichen Republik, von der terroristischen Diktatur zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Natürlich haben politische Systeme einen nicht zu unterschätzenden Einfluss darauf, welche und vor allem wie geopolitische Interessen realisiert werden. Wenn wir für Deutschland konstatieren, am Ende einer Zwischenkriegszeit zu stehen, heißt das nicht, dass es in dieselben Kriegszeiten zurückkehrt, die vor

der Friedenszeit lagen. Hier hat sich Gravierendes verändert. Aber das erklärt sich nicht allein und nicht einmal zuerst aus Vorgängen in Deutschland.

Von einer Zwischenkriegszeit zu sprechen hat meines Erachtens nur eine Berechtigung für Deutschland, und auch das nur in dem bisher beschriebenen Sinne. Aus globaler und europäischer Sicht und aus einigen anderen Gesichtspunkten ist "Zwischenkriegszeit" nicht der adäquate Begriff für die Zeit zwischen 1945 und 1999. Zum Ersten war vor dem jetzt gebrochenen europäischen Frieden ein Weltkrieg, der zudem vor allem auf dem europäischen Kriegsschauplatz tobte. Jetzt haben wir keinen Weltkrieg, und auch der europäische Frieden ist zwar partiell, aber nicht in Totalität gebrochen worden. Wir müssen uns also fragen, in welcher Hinsicht der Krieg des Jahres 1999 aus europäischer und Weltsicht ein Einschnitt ist in der Geschichte von Krieg und Frieden seit 1945.

Die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine Zeit ernsthafter und letztlich auch erfolgreicher Bemühungen, eine ähnliche Katastrophe nicht wieder zuzulassen. Die Vereinten Nationen sollten die Aufgabe lösen, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“(6). Sie vermochten es aber immer nur insoweit, als die mächtigsten Staaten und der Widerstreit ihrer Interessen es zuließen. Und gerade die Staaten, denen mit einer Sonderstellung im Sicherheitsrat die Verantwortung für Frieden und Sicherheit übertragen worden ist, setzten sich in vielen Fällen über das völkerrechtliche Verbot des Krieges und der Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt hinweg.

So war diese Geschichtsperiode eine Zeit, in der mit Ausnahme Europas auf anderen Kontinenten zahlreiche Kriege geführt worden sind. Die Zahl der Kriegsoffer unterscheidet sich nicht wesentlich von der Zahl der im Zweiten Weltkrieg Getöteten und Verletzten. Wir in Zentraleuropa haben die Nachkriegszeit zu Recht wahrgenommen als eine Periode des Friedens, allerdings eines Friedens, der zerbrechlich und hochgradig bedroht war. Sicherer Frieden herrschte nur innerhalb der sich feindlich gegenüber stehenden Staatenbündnisse. Als schließlich vor nunmehr einem Jahrzehnt der hoch militarisierte Konflikt unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und feindlicher Machtblöcke sich unerwartet friedlich auflöste, gab es die große Chance für eine friedliche Weltordnung. Doch sie ist nicht wahrgenommen worden. Warum eigentlich nicht?

Angesichts der Gefahr des Menschheitstodes war doch die Einsicht zur Umkehr gereift. Frieden war in der ganzen bisherigen Geschichte immer nur bewaffneter Frieden, ein Frieden in Waffen, und weil die Kriegswerkzeuge im Frieden vorhanden und brauchbar blieben, konnte er immer wieder in sein Gegenteil umschlagen, in den Zustand, in dem die Waffen sprechen. Frieden blieb insofern eine Pause zwischen Kriegen. Dann aber, in den achtziger Jahren, hatte sich eine neue Einsicht Bahn gebrochen und setzte eine Umwälzung im sicherheitspolitischen und militärischen Denken in Gang. Es war die Erkenntnis, dass die Kriegswerkzeuge über den Zweck des Krieges hinausgewachsen waren und

deshalb Krieg den Willen zum Selbstmord und zur Vernichtung der Lebensbedingungen der menschlichen Gattung voraussetzte. Darum gab es nur noch eine einzige Möglichkeit, die Not zu wenden: Der am Anfang des Jahrhunderts vergebens erschallte Ruf "Die Waffen nieder" musste nun, am Ende des kriegesischen Jahrhunderts, bei Strafe des Untergangs der menschlichen Zivilisation, endlich befolgt werden.

Wenn die Menschheit weiter leben will, darf Sicherheit nicht mehr trügerisch auf militärische Macht gegründet werden. Frieden errüsten und mit Kriegsführungsfähigkeit bewahren zu wollen, war zu einem Widerspruch in sich geworden, zu einer Antinomie. Es war notwendig und schien möglich, zu einem zivilen Sicherheitsmodell überzugehen und einen entmilitarisierten Frieden zu begründen. Das etwa war das Fazit des Umdenkens, das im Widerstand gegen den Irrsinn der atomaren Abschreckung zum Durchbruch gekommen war und begonnen hatte, die offizielle Politik in Ost und West zu beeinflussen.

Der Größe und Einmaligkeit der Gefahr entsprach die Größe und Einmaligkeit des rettenden Ausweges: **Die Politik darf nicht mehr die Möglichkeit haben, die Feder mit dem Degen zu tauschen. Sie muss die Kriegswaffen ablegen.** Angesagt war, in einem längeren historischen Prozess einen entmilitarisierten, unbewaffneten Frieden zu errichten. Das war die Logik der rettenden Ideen, die, von der bisher kraftvollsten und umfassendsten Friedensbewegung ins öffentliche Bewusstsein getragen, sich auch der Politik aufdrängten.

All das hatte die Vorstellung erzeugt, jetzt, nach Jahrtausenden, sei der historische Augenblick für den Paradigmenwechsel gekommen, der in die nachmilitärische Ära führt und das Zusammenleben der Menschen in einem ungefährdeten Frieden ermöglicht. Mit den friedlichen Revolutionen, die den Systemkonflikt gegenstandslos machten, schien der Weg dazu endgültig frei. Diese Erwartung, das mussten wir in den letzten Jahren schmerzlich erfahren, hat sich als eine Illusion erwiesen, aber es war eine heroische Illusion, die uns vielleicht vor der atomaren Selbstvernichtung gerettet hat – vorerst, muss man wohl hinzufügen.

Der Trend zum entmilitarisierten Frieden ist von politisch einflussreicheren Gruppierungen gestoppt worden. Mit dem Golfkrieg setzten sie das Fanal. Die Verheißung der KSZE-Charta von Paris, in Europa breche ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an, wurde zurückgenommen. In Bezug auf den Frieden geht die Tendenz erst einmal in die umgekehrte Richtung, und das schadet der Einheit Europas und auch der Demokratie.

Aus europäischer und Weltsicht scheint es mir aus den angeführten Gründen nicht zutreffend, den Einschnitt für das Ende einer Friedensperiode 1999 anzusetzen, nämlich mit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Dieser liegt ein Jahrzehnt früher und ist begründet in dem Epochewechsel, der seitdem die gesellschaftlichen Grundprozesse bestimmt. Von einer Zwischenkriegszeit würde ich in diesem Bezugsrahmen nicht sprechen. Vor allem deshalb nicht, weil in dieser Zeit der

Krieg in der Welt nicht aufgehört hatte und er nicht erst jetzt wieder anfängt. Auch europäische Staaten wie Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion, Belgien und die Niederlande haben in dieser Zeit Kriege geführt, wenn auch nicht in Europa.

Wenn man eine europäische Zwischenkriegszeit daran festmachen will, dass, wie gesagt wird, der Krieg jetzt nach Europa zurückgekehrt sei, so ist das zwar eine Erscheinungsweise, nicht aber das Wesen der Sache. Was die Zeit von 1945 bis 1989/90 von der Zeit danach im Hinblick auf Krieg und Frieden unterscheidet, ist nicht, dass in der einen Frieden und in der anderen Krieg dominiert, sondern ist, wo welche Kriege um welche Ziele geführt werden.

Warum es für die NATO zwischen 1945 und 1989/90 unmöglich gewesen wäre, Krieg gegen Jugoslawien zu führen, bedarf wohl keiner Begründung. Jetzt ist das möglich geworden. Aber warum ist es nötig? Dass die von den Angreifern angegebenen Gründe nur vorgeschobene sind, habe ich schon ausgeführt. Die wahren Gründe liegen aber nicht auf der Hand, und die Freiheit der Information wird bei Kriegen, die man selber führt, eben vor allem als Freiheit zur Desinformation gebraucht.

Auf die Frage nach dem Warum gab der schon zitierte Friedensforscher Johan Galtung zur Antwort: „Ich war seit 1991 fünfundzwanzigmal in Jugoslawien und hatte nicht das Gefühl, dass das Problem in Jugoslawien steckt. Das Problem liegt draußen. Man hat in Jugoslawien das Rohmaterial für einen Konflikt gehabt und wollte ihn mit Gewalt lösen.“ (7) Dass man draußen einen Konflikt mit Gewalt lösen wollte, ist also das Problem und der ausschlaggebende Kriegsgrund. Die NATO sollte zeigen, dass sie das kann und dass Unbotmässigkeit und störrische Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen solcher Herrschaftsinstrumente der westlichen Gemeinschaft wie Internationaler Währungsfonds und Weltbank nicht hingenommen werden.

General Klaus Naumann, als Vorsitzender des Militärausschusses seinerzeit federführend für die Strategie der NATO zuständig – er sprach kurz vor dem Krieg an der nach Dresden verlegten Offiziersschule des Heeres – gab seinen Zuhörern zu wissen, General Clark und er hätten in ihrem Gespräch mit Milosevic gesagt: 24 Stunden haben Sie Zeit, dann kommen wir! Was er da ein Gespräch nannte, war das Ultimatum im Oktober 1998. General Naumann brachte das als Beleg dafür, dass man politische Ziele mit diplomatischen Mitteln nur erreichen kann, wenn dahinter auch die Fähigkeit und der Wille stehen, sie gewaltsam durchzusetzen. Und als historisch gebildeter und belesener Mann, der er ist, verzierte er das mit dem Ausspruch: Diplomatie ohne Soldaten ist wie ein Orchester ohne Instrumente. Dieses Wort Friedrich des Großen sei nach wie vor gültig.

Man könnte nun sagen, das ist die unmaßgebliche Meinung eines Soldaten, und Soldaten haben sich in der Demokratie dem Primat der Politik unterzuordnen. Aber unmaßgeblich ist das eben nicht. Eine sinngleiche Aussage stammt von einem Politiker, der mit solchen Ansichten immerhin Vizepräsident des

Deutschen Bundestages geworden ist. Von der Tribüne des Parlaments hatte er zur Begründung für Auslandseinsätze deutscher Soldaten den schwerwiegenden Satz verkündet: „Eine Diplomatie ohne Schwert ist eine Diplomatie ohne Wert.“ (8) Das Protokoll vermerkt an dieser Stelle: „Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.“ Merken wir uns diesen Satz – denn das ist der Schlachtruf des modernen Militarismus.

Dieser Ausspruch kennzeichnet treffend die Außenpolitik, wie sie von der Atlantischen Allianz betrieben wird. Es ist eine Diplomatie nach Maßgabe der militärischen Macht, ja der Übermacht über die des Kontrahenten. Das Wesen einer solchen Diplomatie reduziert sich auf militärische Erpressung. Gehen Macht und Recht auseinander, setzen die maßgebenden Staaten der Allianz auf die Militärmacht und brechen das Völkerrecht. Andere, wie Russland, tun es ihnen gleich, dort, wo sie eine Übermacht besitzen.

Das wird neuerdings ganz unverblümt ausgesprochen. So gab Richard Holbrooke, den die Führungsmacht der Allianz als ihren Makler für das Kosovo-Problem bestellt hatte, zu bedenken: „Aber wer glaubt, daß der Sicherheitsrat ein Gewaltmonopol haben muß, gibt den schlimmsten Tyrannen dieser Welt Dispens, ihre Völker zu knechten. Und dann wird es noch mehr Tragödien wie Kosovo und Irak geben. Es schockiert mich zutiefst, daß man so legalistisch argumentieren kann, während Menschen sterben.“ (9)

So handelte dann auch die Führungsmacht im Kosovo-Krieg wahrlich nicht legalistisch. Sie verließ den Boden der Legalität. Sie beging nicht nur das Verbrechen des Krieges im Sinne der UN-Charta. Mit den Luftangriffen gegen die Zivilbevölkerung, die Strom- und Wasserversorgung, die Industrieanlagen und Verkehrsverbindungen, Krankenstationen und Schulen, die Nachrichtensender und Botschaften beging sie auch Kriegsverbrechen, die in den Genfer Konventionen und anderen Abkommen geächtet sind. Hier wird das sonst in der Demokratie so hoch gehaltene Legalitätsprinzip, die Achtung des Rechts und der Gesetzlichkeit aufgegeben. Und eben davon ist das Verhalten des Westens gegenüber bestimmten Staaten gekennzeichnet, wobei es weniger davon abhängt, ob diese von Tyrannen geknechtet werden, sondern allein davon, ob sie dem Westen hinderlich sind.

Derselbe Richard Holbrooke, gefragt, ob der Kosovo-Konflikt beweise, dass Europa seine Probleme nicht ohne amerikanische Führung lösen kann, bekennt denn auch im gleichen Atemzug und viel glaubwürdiger als in der Pose eines Freiheitskämpfers gegen die Tyrannen dieser Welt: „Die Vereinigten Staaten haben eigene Interessen in der Region, und wir sollten nicht so tun, als sei dem nicht so.“ (10)

Da haben wir sie, die eigentliche Triebfeder der Diplomatie mit gewaltsamen Mitteln – die eigenen Interessen. Es zeigt sich wieder: Auch die scheinbaren Gewissenskriege sind Interessenkriege. Welche Interessen es nun gerade in dieser

Region sind, verrät uns der Korrespondent der New York Times, David Binder. Er sieht sie in „einer neuen amerikanischen Globalstrategie, die darin besteht, sich auf geografische Schwerpunkte zu konzentrieren. Einer davon ist Westeuropa, ein zweiter die Türkei mit Blick auf Mittelost und die turksprachigen Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Der Balkan ist die Brücke zwischen beiden. So deutet alles darauf hin," das sagt er schon 1996 voraus, „daß das Jahrhundert, das mit Eruptionen des amerikanischen Imperialismus begann (Cuba, Puerto Rico, Panama, Philippinen) mit einem ähnlichen Ausbruch auf dem Balkan endet." (11)

Aber, wie gesagt, der Balkan-Konflikt ist nur eine besondere Erscheinungsform der allgemeinen Sicherheitssituation, wie sie von den Grundkonflikten in der heutigen Welt erzeugt wird. Die westlichen Staaten halten nicht deswegen am Modell militärischer Sicherheit fest und betreiben Diplomatie mit gewaltsamen Mitteln, weil sie einer militärischen Bedrohung ausgesetzt sind. Sie tun es, um ihre vitalen Interessen militärisch abzusichern und gegebenenfalls kriegerisch durchzusetzen. Neben der wirtschaftlichen gilt ihnen die militärische Stärke noch immer als wichtigstes Insignum der Macht.

Die reichen Industrienationen, die sich als Zentrum der Weltentwicklung verstehen, haben sich dadurch, dass sie die Ressourcen an Naturreichtümern und menschlicher Arbeit in der übrigen Welt ausbeuten, von dieser Weltmehrheit abhängig gemacht. Die Wirtschaft unserer Länder, der Reichtum des Besitzbürgertums und der relative Wohlstand einer Mehrheit ist abhängig von der Verfügbarkeit über die Energie- und Rohstoffquellen, über die Billiglohnarbeitskräfte und Märkte der sogenannten Dritten Welt und über die Verkehrswege dorthin.

Diese existentielle Abhängigkeit von der übrigen Welt ist das wichtigste Sicherheitsproblem der führenden Industrienationen, genauer gesagt, das Sicherheitsproblem der Einfluss-Reichen in diesen Gesellschaften. Sie bindet ihre Sicherheit tatsächlich an den freien Zugang zu den Ressourcen und Märkten außerhalb der eigenen Hemisphäre. Verstärkt wird diese Abhängigkeit in hohem Grade durch die neoliberale Globalisierung. Deshalb vertrauen die G7 nicht allein darauf, ihre Herrschaft über die beanspruchten Einflussphären mit zivilen Mitteln zu sichern, mit ihrer Monopolstellung in Technologie und Welthandel, auf dem globalen Finanzmarkt und in der Information und Kommunikation.

Erst in der Potenz, überall eine überlegene Militärmacht aufbieten zu können, sehen sie die Garantie für ihre Sicherheit und die Unantastbarkeit ihrer Vorherrschaft. Ihre Streitkräfte haben den Auftrag, die Neuverteilung der Einflussphären, die der Zusammenbruch des Sowjetimperiums ermöglicht, zu behaupten oder durchsetzen zu helfen. Das geht in der Konkurrenzgesellschaft natürlich nicht ohne Konkurrenz untereinander ab.

Insofern erfüllt die neue NATO gleich zwei Funktionen. Sie ist das mächtigste Militärbündnis aller Zeiten und die geballte Faust der in der Allianz vereinten

Staaten gegen den gemeinsamen Feind. Und sie ist das Instrument, mit dem sich die USA ihre Weltmachtrolle und ihre Hegemonie über die europäischen Konkurrenten sichern. „Die NATO bietet nicht nur den institutionellen Rahmen für die Ausübung amerikanischen Einflusses auf europäische Angelegenheiten, sondern auch die Grundlage für die politisch entscheidende Militärpräsenz der USA in Westeuropa“, schreibt der einflussreiche amerikanische Sicherheitspolitiker Zbigniew Brzezinski und fährt an anderer Stelle fort: „Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“ (12) Das Buch trägt im Deutschen den Titel „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“.

Wenn in der Ära nach dem Kalten Krieg das NATO-Einsatzgebiet "out of area" entgrenzt worden ist und das Bündnis seine Militärorganisation zu Interventionszwecken gebraucht, so ist das nichts anderes als die militärische Komponente der neoliberalen Globalisierung. Dort liegen die tieferen Gründe und treibenden Kräfte für eine militarisierte Außenpolitik in neuen Formen.

Die Globalisierungsstrategie schafft sich ihren militärischen Arm natürlich nicht in der Absicht, die Welt fortan mit Krieg zu überziehen. Krieg ist ja nicht der Zweck, sondern der Zweck ist, die vitalen Interessen der Hegemonialmächte militärisch zu sichern. Aber dazu brauchen diese die Kriegsfähigkeit überall an den neuralgischen Punkten, wo sie Interessen haben. Dazu, so verrät uns ein Generalstäbler aus dem Verteidigungsministerium, „wird der Westen Expeditionstreitkräfte einsetzen, weil er seine Interessen in fernen Gebieten wahren will.“ (13)

Der Westen verlagert seine militärischen Fähigkeiten deshalb von den Metropolen, wo sie zur Zeit der Weltkriege und während des Kalten Krieges lagen, an die Peripherie, fern vom Zentrum. Seine Option ist es, Kriege von sich fern zu halten und wenn nötig in der Fremde zu führen. Der Krieg in der Fremde ist das, was uns erwartet. Wir werden dabei gewissermaßen gleichzeitig im Krieg und im Frieden leben. Sich aber damit zu beruhigen, dass der Krieg nicht bei uns zu Hause stattfindet, sondern in die Ferne getragen wird, kann man wohl nicht gerade als Zeichen weltbürgerlicher Mitmenschlichkeit gelten lassen.

Noch ein weiteres Charakteristikum der bevorstehenden Kriege, die von der NATO, von den USA oder auch der Europäischen Union möglicherweise geführt werden, ist im Krieg gegen Jugoslawien deutlich hervorgetreten. Es ist die Asymmetrie des Krieges, die dem Krieg das Merkmal des Zweikampfes nimmt. Dem Gegner wird durch den High-Tech-Krieg mit Abstandswaffen die Möglichkeit zur Gegenwehr genommen. Der Angreifer stellt sich gar nicht zum Kampf. Aus unerreichbarer Distanz macht er den Gegner zum wehrlosen Kriegsoffer und schlachtet ihn regelrecht ab. Das ist einer Hinrichtung ähnlicher als einem Krieg.

Diese Art der Kriegführung veranlasste die Wochenzeitung Die Zeit zu der Frage: „Darf man militärische Gewalt so einsetzen, daß man das Risiko der eigenen

Soldaten minimiert, aber zugleich das Risiko der zu schützenden Menschen maximiert? Kann ein Krieg, der mit fast totaler Vertreibung und gewaltiger Zerstörung endet, wirklich als Triumph der neuen Prinzipien der internationalen Politik gelten?" (14) In der Frage liegt bereits die Antwort.

Seit der Auflösung des Systemkonfliktes in einer Reihe von friedlichen demokratischen Revolutionen, die wie nahezu alle Revolutionen nicht die Ziele erreichten, für die sie von den Menschen geführt worden sind, sondern deren Ergebnisse sich andere gesellschaftliche Kräfte zunutze machen, haben sich also die Charaktere des Friedens und des Krieges, der Sicherheit und der Streikräfte nicht unwesentlich verändert. Noch sind die Dinge zu sehr im Fluss und wir mittendrin, um vollständig zu verstehen, was vor sich geht.

Ob die Prozesse so ganz in die Richtung laufen, wie die Strategen es planen, ist keineswegs sicher, und die doch sehr ambivalenten Resultate des ersten Kriegsdebüts der NATO lassen mich eher zweifeln. Aber ebensowenig ist sicher, ob es in unmittelbarer Zukunft gelingt, im Widerstand gegen den Militärinterventionismus das Blatt zu wenden und auf dem Weg zu zivilen Sicherheitsstrukturen voranzukommen.

Was uns auf diesem Weg voranbringen kann, ist schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg als notwendige geschichtliche Lehre gezogen worden und hat in der Klarheit des Gedankens bis heute volle Gültigkeit behalten. In seiner Eröffnungsrede zu den Nürnberger Prozessen sagte der amerikanische Chefankläger Robert H. Jackson folgendes:

„Jede Zuflucht zu einem Krieg, zu jeder Art von Krieg, ist eine Zuflucht zu Mitteln, die ihrem Wesen nach verbrecherisch sind. Der Krieg ist unvermeidlich eine Kette von Tötung, Überfall, Freiheitsberaubung und Zerstörung von Eigentum ... Die allergeringste Folge der Verträge, die den Angriffskrieg für ungesetzlich erklären, ist, jedem, der dennoch einen solchen Krieg anstiftet oder entfesselt, jeglichen Schutz zu nehmen, den das Gesetz je gab, und die Kriegstreiber einem Urteilsspruch nach den allgemein anerkannten Grundregeln des Strafrechts zu überantworten ... Aber der letzte Schritt, periodisch wiederkehrende Kriege zu verhüten, die bei internationaler Gesetzlosigkeit unvermeidlich sind, ist, die Staatsmänner vor dem Gesetz verantwortlich zu machen. Und lassen Sie es mich deutlich aussprechen: Dieses Gesetz wird hier zunächst auf deutsche Angreifer angewandt, es schließt aber ein und muß, wenn es von Nutzen sein soll, den Angriff jeder anderen Nation verdammen, nicht ausgenommen die, die jetzt hier zu Gericht sitzen.“ (15)

Soweit sind wir auch nach einem halben Jahrhundert noch nicht gekommen. Aber dahin müssen wir kommen!

Mai 2000

Quellen:

- 1 Gerhard Schröder, Rede auf dem SPD-Parteitag in Bonn am 12.04.1999.
- 2 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 3.
- 3 Klaus Kinkel: Deutsche Außenpolitik in einer neuen Weltlage. In: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 76, Bonn, den 29. August 1994, S. 713.
- 4 Norbert Mappes-Niediek: Friedenshüter und Weihnachtsmänner. In: Sächsische Zeitung vom 2. August 1999, S.3.
- 5 Faschismus ist überall. Der Friedensforscher Johan Galtung über den Balkan-Krieg. In: Süddeutsche Zeitung vom 7.Juni 1999. S. 16.
- 6 Charta der Vereinten Nationen, Präampel.
- 7 Faschismus ist überall. Der Friedensforscher Johan Galtung über den Balkan-Krieg. In: a. a. O.
- 8 Rudolf Seiters: Rede vor dem Bundestag am 12.02.1998. In: Deutscher Bundestag – 13. Wahlperiode – 219. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 12. Februar 1998, S.19987.
- 9 „Bomben können wir immer noch“. Ein ZEIT-Gespräch mit dem amerikanischen Balkan-Unterhändler Richard Holbrooke über den Waffenstillstand im Kosovo, die Zukunft der Nato und den Umgang mit Massenmördern. In: DIE ZEIT vom 5. November 1998, S. 13.
- 10 Ebenda
- 11 David Binder: Wozu die NATO? In: Neues Deutschland vom 10./11. Februar 1996, S. 1.
- 12 Zbigniew Brzezinski: Die Einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Weinheim und Berlin 1997, S. 79f. und 92.
- 13 Reinhard Herden: Die neue Herausforderung (1). Das Wesen künftiger Konflikte. In: Truppenpraxis/Wehrausbildung. Zeitschrift für Führung, Ausbildung und Erziehung 3/1996, herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung, S.72.
- 14 Matthias Nass in: Die Zeit vom 10. Juni 1999, S.1.
- 15 Robert H. Jackson: Eröffnungsrede vor dem Nürnberger Tribunal am 20. November 1945. In: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg , 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Veröffentlicht in Nürnberg, Deutschland, 1947. Bd. 2, S. 173 und 182.

Publikationen von Prof. Dr. Wolfgang Scheler (Auswahl) *

[mit Erich Hocke]

Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977

[als Mitautor und Leiter des Autorenkollektivs]

Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984

[als Mitautor und Leiter des Autorenkollektivs]

Frieden - Krieg - Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriß, Berlin 1989

Gedanken zur Armeereform, in: Parteiarbeiter 12/1989, hrsg. von der Politischen Hauptverwaltung der NVA.

[mit Klaus Benjowski, Bernhard Gonnermann, Rolf Lehmann, Wilfried Schreiber, Wolfgang Schwarz]

Quo vadis NVA? Denkanstöße und Vorschläge von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Volksarmee, Berlin 1/1990.

[mit W. Glaß und Klaus Götze]

Freund oder Feind? Zur Überwindung von Denkmodellen aus der Zeit des kalten Krieges im Interesse einer Sicherheitspartnerschaft, in: Volksarmee, Berlin 4/1990.

Militärreform der DDR (Interview), in: Armeerundschau, Berlin 2/1990.

Neues militärisches Denken. (Diskussionsbeitrag auf der Internationalen wissenschaftlichen Konferenz „Neues Denken und Militärpolitik“ vom 14. bis 16. November 1989 in Moskau), in: Militärwesen, Berlin 2/1990.

[mit anderen]

Nicht Feind, sondern Partner, in: Volksarmee, Berlin 9/1990.

Wird ein „Sieg-Frieden“ neue Feindschaften auftreten lassen?, in: PAX REPORT, Berlin Sonderheft April 1990.

[mit anderen]

Auftrag und Funktion der Streitkräfte der DDR, in: Militärwesen, Berlin 6/1990.

Stichworte „vojna“ und „otnozenie vojni i politiki v jadernyj vek“, in: Slovar ponjatij novogo politiceskogo myslenija, Voronesh 1990.

Militärisches Denken im Lernprozeß für das Überleben der menschlichen Gattung, in: Natürliche Evolution von Lernstrategien. Hg. Erhard Geißler und Günter Tembrock, Berlin (Akademie-Verlag) 1990.

* Redaktionelle Zusammenstellung. J. Kl.

Wie stehen wir zur NVA in Bundeswehr und NATO, zur Abschaffung der Wehrpflicht? (Interview), in: Neues Deutschland, Berlin 10. Juli 1990.

Zur Evolution des Krieges und des Denkens über den Krieg, in: Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erwägungskultur, Opladen Heft 4/1990.

Zum Verhältnis von äußerem und innerem Frieden, in: Robbe, M./ Senghaas, D. (Hg.), Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen, Berlin (Akademie-Verlag) 1990.

(Ost-)Deutsche Soldaten im geistigen Umbruch. Eröffnungsvorlesung für den Studienjahrgang 1990 an der Militärakademie "Friedrich Engels", zugleich Abschiedsvorlesung des Autors, in: Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS), Arbeitspapiere Heft 3 - 1990, Dresden 1990.

Clausewitz und das militärtheoretische Denken in der DDR, in: Clausewitz- und Engels-Forschung im Blick auf eine europäische Strategie- und Militärwissenschaft für die neunziger Jahre (Werkstattgespräche), (IWBS-Arbeitspapiere Heft 4 - 1991), Dresden 1991

Das Engels-Theorem über die neue Kriegswissenschaft als notwendiges Produkt der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse - Rahmenorientierung für perspektivische Analysen der künftigen europäischen/deutschen Sicherheits- und Wehrstruktur, in: Clausewitz- und Engels-Forschung ... (a.a.O.).

[mit anderen]

Es gibt keine Rechtfertigung für diesen Vernichtungskrieg. Gespräch zum 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, in: Sächsische Zeitung, Dresden 22./23. Juni 1991.

Welchen Zwecken dient eine europäische Macht?, in: Auf zu neuen Fronten. NATO, WEU, BRD unter neuen Bedingungen (Hg.: PDS/Linke Liste im Bundestag. Arbeitskreis Außen- und Friedenspolitik), o. O. 1991.

Die weltanschaulichen und ideologischen Grundlagen der Militärwissenschaft in der DDR. Entstehung, Entwicklung und Bruch, in: Militärwissenschaft in der DDR 1949 - 1990. Ideengeschichtliche Grundlagen, Erkenntnisstand und kritische Wertung, Dresden 1992 (DSS-Arbeitspapiere Heft 5 - 1992).

Die Mitschuld Deutschlands am Balkankrieg, in: Neues Deutschland, Berlin 28.12.1992.

Eine neue Weltordnung des Faustrechts, in: Neues Deutschland, Berlin 16./17.01.1993.

Ratlos vor einem Scherbenhaufen? Der jugoslawische Sezessionskrieg und die europäische Sicherheitspolitik, in: PAX REPORT, Berlin 4/1993.

Entmilitarisierungskonzepte aus der Endphase der DDR. Verlorene Illusionen?, Dresden 1993 (DSS-Arbeitspapiere Heft 8 - 1993).

[mit anderen]

Stürmischer Herbst 1989. Chronik der Ereignisse in Dresden - eingebettet in den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, Dresden 1994

Über die Militärdoktrin der Russischen Föderation, Dresden 1994 (DSS-Arbeitspapiere Heft 11.2 - 1994).

Entmilitarisierungskonzepte in der Wendezeit der DDR, in: Wolfgang R. Vogt (Hg.). Frieden als Zivilisierungsprojekt - Neue Herausforderungen an die Friedens- und Konfliktforschung, Baden-Baden (NOMOS) 1994/95.

Die Sinnkrise des Militärs. Eine geistige Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution, in: Andreas Prüfert (Hg.), Die Nationale Volksarmee im Kalten Krieg (Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V., Forschung aktuell Band 3), Bonn 1995.

Die Irrationalität des Krieges und die NVA im Rahmen des Warschauer Vertrages, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 54. (Auch in: BERLINER EUROPA FORUM, Sonderheft/-Beiträge zur deutschen Geschichte IV/1995.)

Kriegsideologie - Friedensideologie. Substanz und Gestaltwandel nach dem Kalten Krieg, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 56 (1995).

Frieden und Verteidigung. Ambivalenz und Transformation der Friedens- und Verteidigungskonzeption, in: Detlef Bald/Reinhard Brühl/Andreas Prüfert (Hg.), Nationale Volksarmee - Armee für den Frieden, Baden-Baden (NOMOS) 1995.

Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte. Über die Umwälzung der weltanschaulichen Grundlagen der Militärwissenschaft und der Wehrmotivation an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden, Dresden 1996 (DSS-Arbeitspapiere Heft 26 - 1996).

Fortschritt des Friedens in Idee und Wirklichkeit, in: Volker Bialas/Hans-Jürgen Häßler (Hg.), 200 Jahre Kants Entwurf „Zum ewigen Frieden“. Idee einer globalen Friedensordnung, Würzburg (Verlag Königshausen & Neumann) 1996.

Der neue Auftrag für die deutschen Soldaten - ein Friedensauftrag?, Dresden 1996 (DSS-Arbeitspapiere Heft 27 - 1996).

Die Friedenskonzeption in veränderter Sicherheitslage. Konsistenz und Modifikation, in: Frieden schaffen ohne Waffen! Für nichtmilitärische Konfliktlösungen in und durch Europa. Beiträge zum Fünften Dresdner Friedenssymposium am 15. Februar 1997, Dresden 1997 (DSS-Arbeitspapiere Heft 34 - 1997)

[mit anderen]

Von der Bürgerbewegung zur Parteienallianz. Stürmischer Herbst 1989 Teil II. Chronik der Ereignisse in Dresden, Dresden 1997.

Die Stellung des (marxistischen) Sozialismus zur militärischen Gewalt, in: PDS-International, Heft 4/97.

Umrüstung als militärische Komponente neoliberaler Globalisierung, in: Warum Umrüstung statt Abrüstung in Europa? Für welchen Frieden, für welchen Krieg und um welchen Preis? Beiträge zum Sechsten Dresdner Friedenssymposium am 14. Februar 1998, Dresden 1998 (DSS-Arbeitspapiere Heft 40 - 1998).

Neues Denken über Krieg und Frieden in der NVA, in: Wolfgang Wünsche (Hg.), Rührt euch! Zur Geschichte der NVA, Berlin 1998.

Om USA's krav på at lede verden (deutscher Titel: Weltführungsanspruch und Militärinterventionismus – ein gefährlicher Konnex), in: Ret og Vrang (Dänemark), Nr. 5, April-Quartal 1998.

Das Mensch-Natur-Verhältnis und der Wandel im Friedensdenken, in: Gesellschaftliches Naturverhältnis und die Frage von Krieg und Frieden. Beiträge zum 3. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung" am 21. November 1998, Dresden 1999 (DSS-Arbeitspapiere Heft 45 - 1999).

Zur Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht 1998 in Dresden, Dresden 1999 (bisher unveröffentlicht, siehe S. 37 dieser Schrift).

Krieg und Frieden (eingeleitet und ausgewählt), in: Marxistische Lesehefte 5, Berlin 1999.

Tysklands militære rolle i det nye Europa (deutscher Titel: Deutschlands militärische Rolle im neuen Europa), in: Ret og Vrang (Dänemark), Nr. 8, Januar-Quartal 1999.

Kriegsideologie - Friedensideologie. Substanz und Gestaltwandel nach dem Kalten Krieg, in: Volker Bialas / Hans-Jürgen Häßler / Ernst Woit (Hrsg.): Die Kultur des Friedens. Weltordnungsstrukturen und Friedensgestaltung, Würzburg 1999.

Fortschritt des Friedens in Idee und Wirklichkeit. Notwendigkeit und Möglichkeit in der heutigen Welt, in: Volker Bialas ..., a.a.O.

Die heutige Weltgesellschaft und der Abschied von der militärischen Gewalt, in: Volker Bialas ..., a.a.O.

Stehen wir am Ende einer Zwischenkriegszeit?, in: 1945–1999: Nur eine "Zwischenkriegszeit?", Jena 2000 (Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., Heft 44).

Die NATO und die Verheißung von einem neuen Europa der Demokratie, des Friedens und der Einheit, in: Reinhard Brühl / Lothar Schröter (Hrsg.), 50 Jahre NATO. Bilanz und Perspektiven, Schkeuditz 2000 (Beiträge zur Militärgeschichte und Militärpolitik Band 1 in der Schriftenreihe des Brandenburger Vereins für politische Bildung e.V.).

Autor: Wolfgang Scheler
Prof. Dr. sc. phil., Kapitän zur See a. D.
Rottwerndorfer Straße 3/1006
01257 D r e s d e n

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 41: Frieden konkret: Dialog der Zivilisationen - Kultur des Friedens.
Beiträge zum 2. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung"
Dresden 1998, 96 Seiten; 10,00 DM
- Heft 43: Rolf Lehmann
Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren.
Erinnerungen und Zeitzeugnisse, [Rückblicke (10)]
Dresden 1998, 52 Seiten; 3,50 DM
- Heft 45: Gesellschaftliches Naturverhältnis und die Frage von Krieg und Frieden.
Beiträge zum 3. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung"
Dresden 1999, 60 Seiten; 7,00 DM
- Heft 46: Krieg im 21. Jahrhundert? Neue Herausforderungen für die Friedensbewegung.
Beiträge zum Siebten Dresdner Friedenssymposium am 13. Februar 1999
Dresden 1999, 60 Seiten; 3,50 DM
- Heft 49: Gustav Urbani
Ungarn in der NATO. NATO-Beitritt, Jugoslawien-Krieg und deren Wirkungen auf Ungarn. Probleme der personellen Entwicklung der Honvéd-Armee
Dresden 1999, 30 Seiten; 3,00 DM
- Heft 51.3 *Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Russischen Föderation*
Die Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation.
In Kraft durch Präsidentenerlaß Nr. 24 vom 10. Januar 2000
Dresden 2000, 28 Seiten; 3,00 DM
- Heft 51.4 *Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Russischen Föderation*
Die Militärdoktrin der Russischen Föderation.
In Kraft durch Präsidentenerlaß Nr. 706 vom 21. April 2000
Dresden 2000, 45 Seiten; 4,00 DM
- Heft 52: **Völkerrecht und Rechtsbewußtsein für eine globale Friedensordnung.**
4. Dresdner Symposium "Für eine globale Friedensordnung"
am 20. November 1999. Beiträge von Prof. Gregor Schirmer (Woltersdorf),
Prof. Gerhard Stuby (Bremen), Dr. Horst-Dieter Strüning (Bonn),
Prof. Endre Kiss (Budapest), Prof. Wolfgang Scheler (Dresden),
Prof. Ernst Woit (Dresden), Prof. Hermann Klenner (Berlin)
Dresden 2000, 88 Seiten; 7,50 DM
- Heft 53: **Frieden und Krieg an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend.**
Beiträge zum Achten Dresdner Friedenssymposium am 12. Februar 2000
von Prof. Ernst Woit (Zu den Aufgaben der deutschen Friedensbewegung
beim Übergang ins XXI. Jahrhundert) sowie von Prof. Wolfgang Scheler,
Prof. Volker Bialas, Lorenz Knorr, Viktor Maximow und Dr. Jan Sumavski
Dresden 2000, 62 Seiten; 3,50 DM
- Heft 54: Gustav Urbani
Ungarn in der NATO (II). Zur Wertung des NATO-Beitritts aus heutiger
Sicht. (Mit Regierungsbeschluß vom 26.10.99: Strategische Gesamt-Überprüfung der
ungarischen Landesverteidigung)
Dresden 2000, 28 Seiten; 3,00 DM